

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 1.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Witz“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Spaltenbreite 80 Pfennig, Reklameweile 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fettgedruckte Wort 15 Pfennig...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 17. März 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

In Genf alles vertagt!

Wenn nicht Brasilien in letzter Stunde nachgibt. — Aber die Locarno-Mächte halten an den Verträgen fest.

V. Sch. Genf, 16. März, 11 Uhr abends. (Eigener Drahtbericht.) Das Unglaubliche ist zum Ereignis geworden. Die Genfer Verhandlungen sind nach zehn Tagen gescheitert, und zwar in dem Augenblick, wo eine Einigung endlich erzielt wurde: sie sind gescheitert an: — Brasilien!

Wohl besteht noch eine ganz schwache Möglichkeit. Wenn nämlich bis morgen vormittag vor Beginn der Vollversammlung eine Antwort von dem brasilianischen Präsidenten Bernardes eintrifft, die Mello Franco ermächtigt, auf sein angebotenes Veto gegen Deutschlands permanenten Ratsitz zu verzichten, dann ist wieder alles in Ordnung...

Die Mächte haben an Mello Franco die Aufforderung gerichtet, ihnen bis Dienstag abend Bescheid zu geben. Es war in der Tat ein unmöglicher und unhaltbarer Zustand, daß die ganze Welt ohne jeden Termin darauf wartete, daß Brasilien sich geneigt zeigt, seine Entscheidung mitzuteilen. Es wurde vielmehr bekannt, daß der Präsident der brasilianischen Republik, Bernardes, gerade jetzt aus Rio de Janeiro in die entlegenen Berge Brasiliens abgereist sei, angeblich zur Erholung, in Wirklichkeit aber offenbar, um sich von den Telegrammen aus Genf nicht erreichen zu lassen.

Grund der Vertagung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund? Man munkelt besonders in den Kreisen der anderen Delegationen, daß noch allerhand andere Gründe im Hintergrund stehen könnten. Das amtliche Kommuniqué der Rheinpaktmächte spricht zwar nicht ausdrücklich von Brasilien. In der offiziellen Erklärung, die diesem Kommuniqué gegeben wurde, beschränkte man sich darauf, auf den brasilianischen Standpunkt hinzuweisen und lehnte entschieden jede weitere Anspielung ab. Dennoch hat man das Gefühl, daß hier etwas nicht stimmt und absichtlich etwas im Dunklen gelassen wird.

Dann ist auch die große Sorge vorhanden, die der Beschluß Spaniens in englischen und französischen Kreisen hervorgerufen hat. Quinones de Leon erklärte zwar, Spanien werde sein Veto halten und trotz der Nichtgewährung eines eigenen permanenten Ratsitzes kein Veto gegen Deutschlands permanenten Ratsitz einlegen, aber es würde bis auf weiteres im Völkerbund nicht mehr mitarbeiten.

nachteilige Wirkungen für den Völkerbund überhaupt befürchtet. Die Vertagung wird in diesem Punkt auch als eine Möglichkeit betrachtet, die entstandenen Schwierigkeiten in der Zwischenzeit zu überwinden.

Es gibt noch einen weiteren Grund, vielleicht der wichtigste von allen, nämlich die überaus zweideutige Haltung Italiens oder wenigstens des faschistischen Teiles der italienischen Delegation. Die Leser des „Vorwärts“ werden sich dessen entsinnen, daß gleich nach dem ersten Auftreten des brasilianischen Hindernisses hier auf das Doppelspiel des Unterstaatssekretärs Grandi, der rechten Hand Mussolinis, hingewiesen wurde.

Grandi, diese widerwärtigste Erscheinung der ganzen Völkerbundsgesellschaft, hat am Montag abend der italienischen Presse eine scharfe Anweisung erteilt, Brasilien auf keinen Fall anzugreifen. Er hat ferner, so wird weiter in italienischen Kreisen erzählt, an die Präfekten in Italien den Befehl ergehen lassen, alle Blätter, die Brasiliens Haltung dennoch zu kritisieren wagen, sofort rückwärtslos vor Verlassen der Druckerei zu beschlagnahmen.

stimmung zur offiziellen Rundgebung der Rheinpaktmächte geben läßt, auf der anderen Seite den Völkerbund zu zerstören bestrebt ist und durch Herrn Grandi die brasilianische Sabotage fördert. Mit dieser faschistischen Politik mit doppeltem Boden wird sich die europäische öffentliche Meinung in nächster Zeit eingehend beschäftigen müssen.

Welche auch die verschiedenen verdeckten Gründe sein mögen, die zur Vertagung geführt haben, die offizielle Version lautet einstweilen nur: Brasilien! Und mit Brasilien, das gegenüber seiner Zusage aus dem Herbst 1924 einen ekkanten Wortbruch an Deutschland begangen hat, wird sich die deutsche Öffentlichkeit und mit ihr die Öffentlichkeit ganz Europas zu befassen haben.

Einstweilen steht man vor einem diplomatischen Trümmerschutt. Ueber den Schulanteil der einen und der anderen an diesem jämmerlichen Resultat wird man noch sprechen müssen. Ganz schuldlos ist man auf keiner Seite. Was die Haltung der deutschen Delegation betrifft, so kann jedoch schon jetzt gesagt werden, daß die Angriffe, die in der deutschen Rechtspresse gegen sie gerichtet werden, durchaus ungerechtfertigt sind. Es war gewiß ein diplomatischer Erfolg, den sie erzielte, daß die „schwedische Lösung“ auf Grund ihres Einspruchs nachträglich einen viel anständigeren Charakter erhielt. Aber diesen Erfolg verdanken sie nicht zuletzt dem Entgegenkommen und dem Verständnis, das auf der anderen Seite von Briand, Vandervelde und Benesch gezeigt wurde.

Letzter Tag!

Heute acht Uhr abends Schluß der Listen!

Die Eintragungen am Dienstag haben nach den bisherigen Beobachtungen fast denselben Umfang gezeigt wie am Montag. Bis jetzt liegen folgende Meldungen vor:

Table with 4 columns: Location, Sonntagabend, Montag, Dienstag, and Bisher eingezzeichnet. Rows include Wedding, Friedrichshain, Prenzlauer Berg, Pankow, Tempelhof.

Heute um 8 Uhr abends werden die Listen für das Volksbegehren geschlossen. Um den Erfolg weiter auszubauen, bleiben also nur noch ein paar kostbare Stunden. Sie dürfen nicht ungenützt bleiben!

Am 25. März wird das vorläufige, am 5. April das endgültige Ergebnis verkündet werden. Dann hat der Reichstag das Wort. Entweder er nimmt den Antrag des Volkes unverändert an — das wird er nicht tun —, dann kommt es zu keinem Volksentscheid. Oder er lehnt ihn einfach ab, dann wird der Antrag für sich allein dem Volksentscheid unterbreitet.

Auf alle Fälle also: der Volksentscheid kommt! Morgen, am 18. März, jährt sich zum achtundsechzigstenmal der Tag, an dem auf den Barrikaden Berlins Arbeiter und Bürger für die Freiheit fielen. Was war's, wofür sie kämpften? Auf ihnen lastete der Druck der

absoluten Monarchie, der „König von Gottes Gnaden“ herrschte unumschränkt, es gab keine Pressefreiheit, keine Vereins- und Versammlungsfreiheit, kein Wahl- und Stimmrecht. Der „Untertan“ war vollkommen rechtlos. So gab es keinen Weg zur Freiheit als den der Gewalt.

Jahrzehntelang schien es, als ob die Toten des März umsonst gestorben wären. Aber ihr Andenken lebte in den Arbeitermassen fort, und die Saat, die sie ausgestreut hatten, ging schließlich auf. Wir haben in den Tagen vom 4. März bis heute die würdigste Märzfeier gefeiert, die je auf deutschem Boden gefeiert worden ist, und die Millionen, die durch ihren Namenszug der Republik Treue gelobten und der fürstlichen Habgier Fehde ansagten, ehrten das Andenken der Märzgefallenen nicht nur durch das Wort, sondern, was mehr gilt, durch die Tat.

Durch diese Tat sind sie aber auch Zeugen dafür geworden, daß der Kampf um die staatsbürgerliche Freiheit nicht vergebens geführt worden ist. Das Volk hat die staatsbürgerliche Freiheit gewonnen, und es hat sich für sie reif gezeigt. Im alten Deutschland der Untertanengefesselung und des Druckes von oben war die öffentliche Abstimmung, wie sie bei den Dreiklassenwahlen geübt wurde, das sicherste Mittel, jede Opposition zu unterdrücken. Nur eine kleine, ohnmächtige Minderheit konnte es wagen, mit ihrer Meinung öffentlich hervorzutreten, die Mehrheit unterlag dem schrankenlosen Terror der herrschenden Klassen und Schichten.

Berufe, diesen Terror auch heute noch auszuüben, mögen da und dort dem Ergebnis des Volksbegehrens abträglich gewesen sein. Aber den Aufmarsch der Millionen haben sie nicht verhindern können. Wir sind in staatsbürgerlicher Hinsicht freier geworden, als es unsere Väter vor 78 Jahren waren und als wir selber noch vor acht Jahren gewesen sind.

Diese neuerrungene staatsbürgerliche Freiheit, die Verfassung der demokratischen Republik, als eine Waffe auch für ihren sozialen Befreiungskampf führen zu lernen, das ist die große Aufgabe, vor die sich die Arbeiterklasse heute gestellt sieht.

So war der glänzende Verlauf des Volksbegehrens auch ein Stück Erziehung zur Demokratie. Der theoretische

tische Streit um ihre Bedeutung, der während der Nachkriegswirren die Arbeiterbewegung zerriff, ist damit praktisch erledigt. Auch hier hat der Märzgedanke gesiegt.

Jetzt geht die Erziehung zur Demokratie weiter. Nach dem Volksbegehren kommt der Volksentscheid. Dann gilt es, an einem Tag noch viel größere Massen aufzubringen, als sie in den letzten zwei Wochen für das Volksbegehren aufmarschiert sind.

Jeder, der sich für das Volksbegehren eingesetzt hat, muß von heute ab ein unermüdlicher Agitator für den Volksentscheid sein! Die Gegner glauben, daß die Bewegung gegen die Fürsten schon bei den Eintragungen ihre letzten Reserven erschöpft hat. Behalten sie recht, so wäre die Niederlage, wenn auch die ehrenvollste, das unermessliche Ergebnis.

Aber sie werden nicht recht behalten! Auch der Volksentscheid muß für sie eine bittere Enttäuschung werden, wie sie das Volksbegehren geworden ist. Wer durch Eintragung seines Namens in die Listen seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben hat, der hat damit auch die Pflicht übernommen, für diese seine Ueberzeugung zu kämpfen.

Dazu bleiben nun Wochen Zeit. Inzwischen wird auch der Reichstag zur Stärkung der Bewegung das Seine beitragen, indem er über den Antrag, der dem Volksbegehren zugrunde liegt, verhandeln wird. Die Parteien werden Farbe bekennen müssen! Und sie werden das tun müssen in einer Debatte, die die Aufmerksamkeit des Volkes auf sich ziehen wird, wie keine vor ihr. Das Ergebnis wird eine neue Aufstüftung der Massen sein. Die Flut wird weiter steigen!

Wir kämpfen nicht mit den Mitteln des Unrechts und der Gewalt, sondern mit den Mitteln unseres Staatsbürgerrechts gegen das Unrecht der Gewalt, das im Laufe der Jahrhunderte unermessliche Reichtümer, wertvolle Bestandteile des Volkvermögens in wenigen Händen angehäuft hat. Wir kämpfen im Geiste der Gefallenen vom 18. März 1848. Heute, am Vortage ihrer Gedächtnisfeier werden die Listen geschlossen. Darum gilt es, heute noch einmal alle Kräfte zusammenzufassen

für den Sieg des Volkes!

Weiter guter Fortgang!

Breslau, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Breslau fährt in Schellen. Am Dienstag war der Andrang kaum zu bewältigen. 48 Pros. der Wählerstimmen haben unterschrieben.

Bielefeld, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Bis Dienstag abend sind in Bielefeld-Stadt 2500 Eintragungen mehr vollzogen worden, als Sozialdemokraten und Kommunisten bei der ersten Reichspräsidentenwahl an Stimmen aufbrachten. Es werden sicher über 50 Proz. aller Eintragungsberechtigten sich an der Einzeichnung zum Volksbegehren beteiligen.

Braunschweig, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Andrang zur Einzeichnung zum Volksbegehren war auch am Dienstag wieder sehr stark. In der einzigen Zeichnungsstelle im Rathaus wurde die Höchstzahl der Wochentage mit 2600 Eintragungen erreicht, so daß am Dienstag abend insgesamt 39 200 Unterschriften vorlagen. Danach ist mit einer Eintragung von mindestens 40 Proz. der Wahlberechtigten zu rechnen.

Der Gesundheitszustand Mussolinis. Die auch in einigen deutschen Zeitungen verbreitete Nachricht, daß zwei Ärzte und zwar ein Professor der Universität Prag und ein anderer von der Universität Jena, nach Rom berufen worden seien, um über den Gesundheitszustand Mussolinis zu beraten, entspricht nach einer offiziellen römischen Mitteilung in keiner Weise den Tatsachen. Der Gesundheitszustand des italienischen Ministerpräsidenten ist ausgezeichnet.

Proletarische Sprechchöre.

Es war ein dankenswertes Unternehmen des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsbewegung, die Leiter der proletarischen Sprechchöre zusammenzurufen und die rege Beteiligung der Delegierten, die am 13. März aus dem ganzen Reich in Berlin zusammenkamen, legte Zeugnis dafür ab, welches Interesse, ja Bedürfnis allgemein für Gedankenaustausch und Sichkennenernen vorhanden war. Auch der Parteivorstand war durch Trispin vertreten. Als erster Referent sprach Leo Reitenberg über „Die Aufgaben der Sprechchöre“. Nach einem geschichtlichen Rückblick über die Zeit, wo in der Partei dank ihrer Kleinheit nicht nur die Identität des sozialistischen und gewerkschaftlichen Menschen, sondern auch des Gefühlsmenschen vorhanden war, ging er zu der Zeit über, wo die realen Kräfte stärker in den Vordergrund traten. Die Arbeiter betrachteten die Kunst als außerhalb ihrer selbst stehend, nicht als eigenes Besitztum. Die offizielle Bildungsbewegung versuchte die Massen mit der Kunst vertraut zu machen. Im großen und ganzen handelte es sich, bis auf einzelne Ansätze zur proletarischen Kunst, wie der Komposition des „Erntelieds“ durch Fried. um Vermittlung, aber nicht selbständige Gestaltung der Kunst. Die Revolutionstage mit ihrer Aktivität der Massen drängten zu einer Bekämpfung des Stills der Veranstaltungen und führten zur Gemeinschaft. Gleiche Befinnung führte zu einer starken Wechselwirkung, und so drängte in allmählicher Fortentwicklung der Feiernstunden in der Berliner U.S.P. die Masse zum Sprechchor, als nicht mehr nur mitsingender und schwingender, sondern auch mitsprechender Faktor. „Lobers „Requiem“ und „Tag des Proletariats“, zunächst vom Dichter als Gesangschor gedacht, wurden gesprochen; es folgten Schönfants „Erlösung“ und „Großstadt“ als eigens für den Sprechchor geschriebene Werke. Die Sprechchöre sollten im Zusammenwirken von Dichter und Masse ihre Kraft steigern. Nach Max Wehner übernahm Albert Florath den Berliner Sprechchor und machte ihn zu einem starken Instrument. Die Bewegung ging auf das ganze Reich über, und so entstanden vielerorts unter verschiedenen Bedingungen Sprechchöre. Die Bewegung der bürgerlichen Sprechchöre trankt daran, daß sie von keiner zum gemeinschaftlichen Erleben zwingenden Gefühlswelt getragen werden und so künstlich bleiben. Der Sprechchor ist ein ausgezeichnetes Instrument der Massenpropaganda vom kulturellen, sozialistischen und agitatorischen Standpunkt aus.

Hierauf sprach Albert Florath über die Bedeutung des Sprechchors als eines künstlerischen Instruments, das Kunst aus der Masse durch die Masse für die Masse bringe. Er legte dar, daß vor allem „Sprechen“ gelernt werden und Rhythmus und Inhalt durch das gesprochene Wort gestaltet werden müsse. An erster Stelle komme die Reinheit der Idee. Dann behandelte Albert Florath die organisatorische Frage. Er behauptete die Jerspflichtung der Sprechchorbewegung und regte eine zentrale und lokale Zusammenfassung an. Ferner forderte er

Prinz Eitel verteidigt heiligste Güter.

In der Beilage der „Nachtausgabe.“

Hätte Seine Königliche Hoheit, der Prinz Eitel Friedrich von Preußen vor etwa zehn Jahren dem „Berliner Lokalanzeiger“ die unaussprechliche Huld und Ehre erwiesen, ihn mit einem höchstselbst verfaßten Beitrag zu beglücken — es läßt sich gar nicht ausdenken, was da passiert wäre! Das Blatt wäre als Festausgabe erschienen, und auf der ersten Seite, mit Krone, Eichenlaub und Schwertern geschmückt, wäre der Erguß der prinzipialen Feder abgedruckt worden — in Königsstipe Korpus. Es hätte in den Kreisen des gebildeten Bürgertums ... zigtausend neue Abonnenten gewonnen. Alle Hoflieferanten und solche, die es werden wollen, hätten nur noch ganzselbig ineriert.

Die Zeiten ändern sich und die Geschäfte mit ihnen. Jetzt hat sich der Prinz Eitel Friedrich bei Hugenberg über die Entgegnung der Fürstengedächtnisfeier, und aus seiner Äußerung ergibt sich, daß sein Vertrauen in die Dummheit des Volkes unerschütterlich geblieben ist:

Das deutsche Volk wird in seiner Mehrheit einsehen, daß die Welle bolschewistischer Kulturvernichtung über das deutsche Land stuten wird, wenn erst einmal an einer Stelle der Damm der bürgerlichen Rechtsordnung durchbrochen ist, und daß sie schließlich das ganze durch die Revolution schwer erschütterte Gebäude des bürgerlichen Staates niederreißt wird.

Man schaudert! Aber noch mehr schaudert man, wenn man beachtet, an welcher Stelle eine prinzipiale Äußerung jetzt bei Hugenberg platziert wird. Nicht im „Lokalanzeiger“, dessen Leser massenhaft zu den Eintragungstotalen laufen, um sich für die Entgegnung der Fürsten einzutragen. Nicht auf der ersten Seite! Wo denn sonst? Die „Nachtausgabe“ hat eine unpolitische Beilage, in der mancherlei schöne Dinge zu lesen sind. Jetzt wird dort eine äußerst spannende und reich illustrierte Geschichte veröffentlicht:

Kofala und Opatow.

Ein Roman aus der Gesellschaft von K. S. Swade. Tief unterhalb dieser über die ganze Seite gehenden Ueberschrift entdeckt der aufmerksame Leser eine viel kleinere: „Prinz Eitel Friedrich über die Fürstenabfindung. Zuschrift gegenüber dem Volksentscheid.“ Und dann geht es los, aber ganz klein, ganz eng gedruckt!

So merkt man selbst bei Hugenberg, daß Deutschland eine Republik geworden ist. Der alte Respekt ist fort. Und die „Welle der bolschewistischen Kulturvernichtung“ — wer will sie noch aufhalten?

Der Fall Meyer-Behrens.

Gen. Kuttner über das Ergebnis der Untersuchung.

Im Femeauschuß des Landtags führte der Berichterstatter Abg. Kuttner (Soz.) weiter aus: Der Abgeordnete Behrens mußte wissen, daß von Jengen sein Geld zurückhaben wollte und sich nicht durch eine Zahlung an Meyer hat befriedigt erklären wollen. Behrens hat seine Aussage über die Verwendung des Geldes auch dreimal geändert. Wenn aber ein Zweifel bestand, wem das Darlehen gehören sollte, hätte sich Behrens an den Darlehensgeber, nämlich Jengen wenden sollen. Man muß annehmen, daß man diese Vorgänge der Kenntnis der Öffentlichkeit entziehen wollte. Später hatte der Abg. Meyer eine Unterredung mit von Jengen wegen des Darlehens; dieser lehnte jede Verhandlung ab. Von dieser Unterredung hat aber der Abg. Meyer dem Ausschuss wohlwollend keine Mitteilung gemacht. Die begründete Ansicht ist, daß von Jengen das Geld für Raffette geben wollte, und nicht für Meyer. Die Angelegenheit der Arbeitgeber-Vereinigung waren jedoch allgemein der Auffassung, daß das Geld für Meyer und Schulz bestimmt war. Auch der langjährige Freund von Jengen, der Zeuge von der Linde, war der Ueberzeugung, daß das Geld für Schulz bestimmt war. Seit der Unterredung bei Steiler mußte aber von Jengen wissen, daß das Geld für Meyer bestimmt war, er es für Schulz verwenden wollte. Eine Beteiligung Schulz an dem Ausbruchversuch des Leutnants Raffaele ist nicht positiv erwiesen, wenn er auch mit Raffaele in Kaffeehandel verkehrt gestanden hat. Auch der Abgeordnete Meyer hat einen Ausbruchversuch nicht finanziell unterstützt. Abg. Kuttner bezeichnet am Schluß seiner Ausführungen das Verhalten der Abgg. Behrens und Meyer

in der Darlehens-Angelegenheit als mindestens grob fahrlässig. Gegen Schulz seien damals schon die schwersten Anschuldigungen in der Öffentlichkeit erhoben worden. Selbst wenn Behrens und Meyer von der Unschuld des Schulz überzeugt waren, mußten sie sowohl mit Rücksicht auf ihre Stellung als Treuhänder der Vermögensverwaltung als auch mit Rücksicht auf den Darlehensgeber, die Arbeitgeber-Vereinigung, mit größerer Vorsicht vorgehen. Es dürften nicht einen so unkorrekten Weg bei der Befassung des Darlehens geben und hätten dem Darlehensgeber mindestens genau den Zweck angeben müssen. Das Verhalten des Darlehensgeber in der Arbeitgeber-Vereinigung müsse andererseits den Verdacht wecken, als wolle man durch das Darlehen die Gewerkschaft in die Hand bekommen. Die leitenden Stellen der Arbeitgeber-Vereinigung hätten sich allerdings nach diesem Fall bemüht, Wandel zu schaffen.

Abg. Dallmer (Dnat.) erklärte am Schluß des Berichts, der Berichterstatter habe auch Werturteile abgegeben, zu denen er nicht berechtigt gewesen sei.

Darauf wurde die öffentliche Verhandlung geschlossen. Am Nachmittag wurde in nichtöffentlicher Sitzung eine Nachprüfung der Geschäftsbücher der Firma Eitel durch ein Ausschussmitglied und zwei Zeugen beschlossen. Während der Osterpause soll vom Montag, den 12. April, ab der Fall Meyer-Behrens zu Ende geführt und im Anschluß daran der Fall Sahnle am 14. oder 15. April behandelt werden.

Das Ende eines Schwindels.

Deutschnationale Lügen über Scheidemann.

In einer kleinen Anfrage eines deutschösterreichischen Landtagsabgeordneten wurde das Staatsministerium um Auskunft ersucht, ob „das Disziplinarverfahren gegen Scheidemann wegen des durch die Aussagen des Zeugen Affeldt im Magdeburger Rothardt-Prozess hervorgerufenen Verdachts, unter seinem Eide falsche Angaben gemacht zu haben, eingeleitet worden“ sei. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, beantwortet der preussische Minister des Innern die Anfrage folgendermaßen:

„Ein Antrag zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Oberbürgermeister Scheidemann wegen angeblich falscher Angaben im Magdeburger Rothardt-Prozess hat nicht bestanden. Die Beamten der Staatsanwaltschaft, die an der Hauptverhandlung gegen den Schriftleiter Rothardt teilgenommen haben, haben nach der gesamten Sachlage die Ueberzeugung gewonnen, daß die der Aussage des Oberbürgermeisters Scheidemann widersprechenden Angaben des Zeugen Affeldt nicht zutreffen. Die Staatsanwaltschaft hat demgemäß auch zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen den Zeugen Oberbürgermeister Scheidemann von Amts wegen keine Veranlassung gefunden und auf Anzeile von Privatpersonen abhängig gewordene Verfahren eingestellt.“

Kommunistenprozeß Heuck.

Die Ladung des Landgerichtsdirektors Jürgens abgelehnt

Köpenick, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) In dem Kommunistenprozeß gegen Heuck und Genossen vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hatte die Verteidigung eine Reihe von Beweisanträgen gestellt und u. a. auch die Ladung des Landgerichtsdirektors Jürgens gefordert. Am Dienstag wurde nun vom Rechtsanwalt beantragt, sämtliche Beweisanträge der Verteidiger abzulehnen, auch die Ladung des Landgerichtsdirektors Jürgens. Die gegen Jürgens erhobenen Beschuldigungen wären nach Lage der Sache ohne Einfluß auf die tatsächliche und rechtliche Beurteilung seiner Täterschaft. Nach dreistündiger Beratung verkündete das Gericht, daß alle von der Verteidigung gestellten Anträge abgelehnt würden. Auf das Urteil, besonders gegen Winkler und Genossen, in dessen Vorverfahren Landgerichtsdirektor Jürgens die Vorermittlung geleistet hat, legt das Gericht keinen Wert. Zu dem Antrag der Verteidigung, den Landgerichtsdirektor Jürgens als Zeugen zu laden, verkündete der Staatsgerichtshof folgenden Beschluss: „Der Staatsgerichtshof nimmt zu den Beschuldigungen gegen Jürgens weder für noch gegen ihn Stellung.“ Am Dienstag wurde die Vernehmung fortgesetzt.

Der Männergesangsverein „Namenlos“ veranstaltete in der Garnisonkirche ein Konzert.

Er zeigte sich dabei stimmlich und sprachlich auf einer beachtlichen Höhe und konnte unter der ruhigen Führung seines Chormeisters E. Thilo meist neuere Kompositionen zum Vortrag bringen. Alle erlangten lebendig durchdringt und in guter chorischer Disziplin. So sah es eine Freude war, dem Verein zuzuhören. Maria Brillich sang Weber, Schubert, Schumann und hinterließ mit ihrem weichen, tragiischen Piano sicher tiefste Eindrücke. Max Schulz-Fürstenberg leitete seinen Gesangstücken manchmal unter zu vieler und aufdringlicher Begleitung. Otto Friede spielte ein paar größere Orgelwerke. Das Publikum zeigte bei dem zweiten nicht gerade sonderlich viel Aufmerksamkeit. Am meisten fehlten sicher die wohlausgeübten Chorführer, die zeigten, daß „Namenlos“ in durchaus guten Händen ist.

Holländisches Mittelalter.

Der holländische Pastor Dr. Geelkerken ist nunmehr, nachdem er endgültig die Verpflichtung abgelehnt hatte, die biblische Geschichte des Sündenfalls in streng dogmatischem Sinne vorzutragen, von der General Synode der Reformierten Kirche auf die Dauer von zunächst drei Monaten seines Amtes enthoben worden. Der Präsident der Synode erklärte diese Maßnahme als ein Zugmittel, damit der auf Abwege geratene Bruder den rechten Weg wiederfinden möge. Die Anhänger des Gemahregelten haben beschlossen, in allen größeren Orten des Landes öffentliche Protest- und Aufführungsveranstaltungen zu veranstalten und die Amtssetzung nicht anzuerkennen, vielmehr Geelkerken nach wie vor predigen zu lassen. Auch die Amsterdamer Studentenschaft hat dem Pastor eine begeisterte Huldigung dargebracht.

Neue Kohlenfunde entdeckt.

John Fleet, der Generaldirektor des Londoner Geologischen Amtes, hielt kürzlich in einer Geologenversammlung in Hull einen Vortrag, in dem er über die Entdeckung von ausgedehnten Kohlenfeldern im Fluggebiet des Humber ausführlich berichtete. Die abbaufähigen Kohlenfunde werden auf einen Gehalt von 25 Millionen Tonnen geschätzt, was ausreichen würde, um das ganze Land auf Hunderte von Jahren hinaus mit Kohle zu versorgen. Die Kohlenfelder liegen östlich vom Trentfluss zwischen den Flüssen Humber und Wash. Die dort gemommene Kohle würde ohne besondere Schwierigkeiten nach den Häfen Hull und Grimsby verladen werden können. Wie Fleet weiter ausführte, gilt als die Grenzlinie für die Kohliengewinnung gegenwärtig eine Tiefe von etwa 1000 Meter; die vervollkommenen Bohrmethoden und das verbesserte Maschinenwesen gestatten jedoch, auch Kohle aus größeren Tiefen zutage zu fördern.

Nora Jopet spricht am Donnerstag 8 Uhr im Adolphsaal, Leipziger Straße 110, über „Religiöse Dichtung.“

Vorrede. Freitag 10 Uhr im Schubertsaal, Eldonstraße, in deutscher Sprache B. Eidenreich, Professor des russischen Westfälischen Instituts, über „Die Verneinung des Theaters.“ Anfang 8 Uhr ab 10 Uhr

Behrens - aus Übung Anlässlich der Ausstellung kaufmännischer Gewerbe von Prof. Peter B. Behrens und seiner akademischen Lehrerschule Wien, im Alten Rathausgebäude, Museum, Ring Nr. 17, finden jeden Donnerstag und Sonntag, ab 12 Uhr, Führungen unter Leitung von Dr. Otto Eder von S. ostl. Kunstverdermuseum oder Prof. Dr. Adolf Zeiler von der Technischen Hochschule statt.

eine Zentralstelle für die Beschaffung geeigneter Literatur, wobei auf die Gruppen der großen, mittleren und kleinen Sprechchöre Bedacht genommen werden müsse. Auch die Lantime müsse dem Dichter vermittelt werden, damit ihm die Schaffung neuer Werke möglich sei. Die Veranstaltung eines achtstägigen Kurses für Sprechchorleiter sei für den kommenden Herbst anzustreben. Die sehr lebhafte Diskussion, in der u. a. die Frage eines Kulturvereins angeregt wurde, brachte auch eine interessante Debatte über die Frage, ob der Sprechchor zugleich auch Bewegungschor sein könne, was von den Hamburger und Zwickauer Delegierten nach ihren Erfahrungen bejaht wurde.

Am Sonntag hörten die Teilnehmer im „Großen Schauspielhaus“ die Darbietung der Rothenselderischen „Wellenwende“ durch den Florathischen Sprechchor. Besonders interessant war dabei der zum großen Teile gesungte Versuch, eine Zweiteimigkeit von Sprech- und Gesangschor zu erreichen.

In einem späteren Zusammensein wurde dann nochmals die Bewegungsfrage angeregt, die einer Mechanisierung des Klangkörpers vorbeuge. Es wurde auch festgestellt, daß die Sprechchorwerke, die in der Revolutionszeit starke Wirkungen hervorgerufen haben, unter den heute obwaltenden Umständen fast lassen, weil die Masse nicht mehr mitbewirkt, so daß sie zum Teil nur als geschichtliche Erinnerung wirken. Das ewige „Siegen“ wirkt lächerhaft, und es müssen zeitträchtige Werke geschaffen werden.

Bruno Schöniant.

Der „Dreibund“ gegen Darwin. Der Kampf gegen Darwin und seine Entwicklungslehre, der in dem berühmten „Äffsenprozeß“ zu Dayton in Tennessee sich so komisch offenbarte, ist in den Vereinigten Staaten noch immer nicht zur Ruhe gekommen. Jetzt haben sich drei Staaten, nämlich Tennessee, Mississippi und Texas, zu einem „Dreibund“ zusammengeschlossen, um gemeinsam die Entwicklungslehre zu unterdrücken. Der Gouverneur von Mississippi, Whitfield, unterzeichnete kürzlich ein Gesetz, durch das allen Lehrern dieses Staates bei Androhung einer Strafe von 500 Dollar und sofortiger Entlassung verboten wird, irgendwas derart zu unterrichten, „daß der Mensch von den Tieren abstammt oder mit ihnen zusammenhängt“. In Texas gibt es zwar kein solches Gesetz, aber der oberste Beamte dieses Staates, der weibliche Gouverneur, Mrs Ferguson, hat einen „Kriegszug“ gegen den Darwinismus eröffnet und sieht darauf, daß alle auf die Entwicklungslehre bezüglichen Stellen aus den Lehrbüchern, Texten usw. entfernt werden. Verschiedene Werke über Biologie mußten auf ihre Veranlassung neu gedruckt werden, wobei ganze Kapitel ausfielen. In Tennessee ist man ebenfalls eifrig an der Arbeit, die hohen Uebersetzungen des „Äffsenprozeßes“ aufrecht zu erhalten, kann aber dem verurteilten Lehrer Soopes nicht verwehren, die verbotenen Theorien auf der Universität von Chicago weiter zu studieren, wo der junge Mann sich biologischen Studien widmet. Auch die Unterrichtsbehörden von Alabama in Georgia haben jede Verbreitung der Darwinischen Lehre verboten, und dieser Staat will sich dem „Dreibund“ anschließen, um die Südstaaten überhaupt von dieser „gottlosen Wissenschaft“ zu befreien.

Der Staatsgerichtshof beseitigt.

Entwurf zur Aenderung des Republikanengesetzes.

Der Reichstag hat vor einiger Zeit die im Etat geforderten Mittel für den Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik abgelehnt. Damit fällt dieses Sondergericht, das nach dem Rathenau-Mord zum Schutz gegen die Reichswehr aus den nationalsozialistischen Kreisen eingesetzt wurde, sich aber unter den bürgerlichen Regierungen vollständig zu einer Kammer gegen die Kommunisten entwickelte, am 1. April automatisch fort.

Im den Uebergang der an diesem Tage noch schwebenden oder neu eingeleiteten Verfahren zu sichern, haben die Reichsminister der Justiz und des Innern jetzt dem Reichstag einen Gesetzentwurf unterbreitet, in dem die notwendigen Aenderungen des Gesetzes zum Schutz der Republik, das im übrigen in Kraft bleibt, festgelegt werden. Der Entwurf bestimmt:

„Für die Strafsachen, die zurzeit zur Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs zum Schutz der Republik gehören, sind vom 1. April 1926 an die ordentlichen Gerichte zuständig. Die bereits anhängigen Sachen gehen mit diesem Zeitpunkt in der Lage, in der sie sich befinden, auf die ordentlichen Gerichte über. Eine besondere Hauptverhandlung ist nach den bisherigen Vorschriften zu Ende zu führen.“

Geht eine Sache, in der bereits die Anklageschrift beim Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik eingereicht worden war, auf die Amtsgerichte über, so findet die Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht statt; zur Hauptverhandlung ist ein zweiter Amtsrichter zuzuziehen.

Wird ein Urteil des Staatsgerichtshofs zum Schutz der Republik mit dem Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens angefochten, so entscheidet darüber, ob der Antrag zulässig und begründet ist, das Reichsgericht. Die neue Hauptverhandlung findet vor dem Reichsgericht statt.

Für die bei der Vollstreckung eines vom Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik erlassenen Urteils notwendig werden gerichtlichen Entscheidungen (§ 462 der Strafprozessordnung) ist das Reichsgericht zuständig.“

Der wesentliche Fortschritt, den der Wegfall des Staatsgerichtshofes bringt, ist der, daß die noch nicht erledigten Prozesse gegen Kommunisten, soweit sie nicht Hochverratsanklagen betreffen, der Nachprüfung mehrerer Instanzen unterliegen. Schlimmer, wie die Urteile des Staatsgerichtshofes in der letzten Zeit waren, können nicht einmal die von hinterwäldlerischen Schöffengerichten ausfallen. Die Parteiführer völkischer und deutschnationaler Färbung hatten ohnehin von dem Staatsgerichtshof wenig zu fürchten.

Frankenfälschung in München!

Erklärungen des Innenministers im Landtag.

München, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Die „Neue Zeitung“ (N.Z.) machte sensationelle Mitteilungen über eine aktive Beteiligung Münchener Nationalisten an der ungarischen Frankenfälschung. Nach diesen Mitteilungen, für die das Blatt die Beweise zu haben behauptet, sind in den Sommermonaten 1924 in München nicht nur Rissees zur Herstellung von Taufdenkmälern angefertigt worden, sondern es wurden in München auch falsche Frankennoten gedruckt. Die Druckaufträge gingen über den Direktor eines der größten Münchener Verlagsunternehmen an kleinere Betriebe weiter. So hat z. B. die Firma Schwarz in München (Luenstraße 25) die Rissees für die Frankenfälschungen geliefert. Kleinere Betriebe wurden deshalb gewählt, weil in größeren bei der Zusammenfassung des Personals ein Aufkommen der dunkeln Geschäfte zu befürchten war. Zu den Herstellungskosten wurden zum größten Teil Angehörige nationaler Verbände verwendet. Um alle Befürchtungen bei den Lesern von vornherein zu beseitigen, wurde ihnen erklärt, daß die Behörden an der Herstellung beteiligt seien und ihnen deswegen strafrechtlich nichts geschehen könne. Zugleich wurde ihnen aber auch in mehr oder minder versteckter Form gedroht, daß sie bei der geringsten Verlautbarung mit einer Bestrafung durch die nationalen Verbände (Feme) zu rechnen haben. Unter diesen Umständen ist ein bei der Herstellung beschäftigter Zeichner im Laufe der Zeit völlig zusammengebrochen. Die Gewissheit, daß die Dinge sich auf die Dauer nicht verheimlichen lassen, und daneben die Angst vor der rächenden Feme haben die an der Herstellung beteiligten Personen fast ausgetrieben. Wenn bis heute die Dinge nicht an die Öffentlichkeit kamen, so nur deshalb, weil die Beteiligten durch Drohungen von einer Veröffentlichung abgehalten wurden. Trotzdem hat vor mehreren Wochen, als die Fälschung in Ungarn aufgedeckt wurde, ein ehemaliger Angehöriger der Röhbachtruppe bei der Polizeidirektion in München Anzeige über die in München erfolgten Fälschungen erstattet. Bis heute aber hat die Münchener Polizei weder dem Röhbacher, noch der Öffentlichkeit über das Ergebnis ihrer Untersuchung Mitteilung gemacht. Diese Tatsache scheint auch die Meinung zu bestätigen, daß in die Angelegenheit sehr bekannte und einflussreiche Persönlichkeiten verwickelt sind. Damit wäre vielleicht auch eine Befähigung der von Beteiligten gemachten Angaben gegeben, daß Polizeibeamte die Herstellung der Frankenfälschungen in München überwacht haben.

Der bayerische Innenminister Stübel ging am Dienstag im Hauptauschuß des Landtags auf diese Mitteilungen ein. Zunächst suchte er die für Bayern bestehende Verhinderung der Ausfuhr des vom ADGB herausgegebenen Films „Freies Volk“ damit zu begründen, daß der Film stark mit Uebertriebungen arbeite (!). Bevor die von der bayerischen Regierung noch einmal zur Entscheidung angerufene Filmoberprüfungsstelle in Berlin ihr Votum nicht abgegeben habe, sei eine Aufhebung des für Bayern erlassenen Verbotes nicht am Platze. Weiterhin erklärte der Minister, daß in der ungarischen Frankenfälschungsaffäre in Bayern sofort eingehende Untersuchungen angestellt worden sind darüber, ob hier strafbare Handlungen begangen worden seien. Inzwischen hätten zwei französische Beamte neues Material überbracht, das zurzeit überprüft werde. Für die Richtigkeit der kommunistischen Angaben, daß in München Rissees und Fälschungen hergestellt worden seien, hätten sich noch keine wesentlichen Anhaltspunkte ergeben. In der Bekämpfung der kommunistischen Partei werde im übrigen das alte System in Bayern beibehalten. Eine Ausnahme werde lediglich für die Zeit des Volksbegehrens gemacht, wo kommunistische Versammlungen erlaubt seien. Die Beschränkung der Kommunisten wegen Richtzurückgabe von Gegenständen, die vor Jahren durch die Polizei bei ihnen beschlagnahmt worden seien, sei deswegen hinfällig, weil es sich um Gegenstände handle, die für verfallen erklärt wurden und für die es als kein Privateigentum mehr gebe. Es handle sich hier u. a. um 3 Schreibmaschinen, eine Bureaueinrichtung, ein Fahrrad u. a. Zum Schluß wandte sich der Polizeimeister sehr scharf gegen Hitler, der sich in seiner politischen Kampfesweise gegenüber dem Jahre 1923 in keiner Weise geändert habe. Infolgedessen müsse er auch entsprechend behandelt werden.

Erklärung der Locarno-Mächte.

Festhalten am gemeinsamen Werk.

Genf, 16. März, abends 9 Uhr. (Eigener Drahtbericht.) In der Unterredung, die zwischen Chamberlain, Briand und Cuffey - Stresemann abends von 6 bis 8 1/2 Uhr stattfand, wurde vereinbart, das am Nachmittag zurückgehaltene Kommuniqué doch noch zu veröffentlichen. Man kam scheinbar zu diesem Entschluß, um durch die Veröffentlichung der Verhandlungen den letzten möglichen Druck auf Brasilien auszuüben. Das Kommuniqué hat folgenden Wortlaut:

„Die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens haben sich am Dienstag vereinigt, um die Lage zu prüfen, wie sie sich aus den ausgetauschten Schwierigkeiten des Verfahrens ergibt. Sie stellen fest, daß sie im Begriffe waren, zu einer Uebereinstimmung zu gelangen und die Hindernisse zu überwinden, die sie zu einem gegebenen Zeitpunkt unter ihnen entstanden waren.“

Falls, wie zu befürchten ist, die eingangs erwähnten Schwierigkeiten fortbestehen sollten, würden die Vertreter der sieben Signatarmächte des Protokolls von Locarno bedauern, daß sie im gegenwärtigen Augenblick das von ihnen angestrebte Ziel nicht erreichen können. Sie stellen jedoch mit Befriedigung fest, daß das Friedenswerk, welches sie in Locarno verwickelten und welches in seinem ganzen Werte und in seiner ganzen Kraft bestehen bleibt, dadurch nicht berührt wird. Sie halten daran fest, heute wie gestern, und sind fest entschlossen, sich gemeinsam dafür einzusetzen, es aufrechtzuerhalten und fortzuentwickeln. Sie bleiben bei der Ueberzeugung, daß bei der nächsten Bundessammlung die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwunden sein werden, und daß die Verständigung, die hinsichtlich der Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erzielt worden war, verwirklicht werden wird.“

Dieses Kommuniqué schließt die Möglichkeit, daß die Aufnahme Deutschlands am Mittwoch vormittag doch noch erfolgt, nicht ganz aus. Falls Brasilien bis Mittwoch vormittag 10 Uhr auf seinen Einspruch verzichtet, erfolgt die Aufnahme. Diese Wahrscheinlichkeit ist aber sehr gering, und nach den Erklärungen des Reichskanzlers vor der deutschen Presse spricht mehr für die Vertagung als für die Aufnahme.

Briand sagt: „Endgültig gekheitert!“

V. Sch. Genf, 16. März, 12 Uhr nachts. Briand empfing die französische Presse und teilte ihr mit, daß in der Vollversammlung des Völkerbundes am Mittwoch vormittag Chamberlain als Vorsitzender der Kommission für die Aufnahme Deutschlands das Wort ergreifen werde, um die Lage darzustellen, sowie die Entstehung des negativen Ergebnisses der Verhandlungen. Er erklärte, daß dieses Scheitern als endgültig betrachtet werden könne.

Briand sprach sein tiefes Bedauern aus über diesen Ausgang, der für den Völkerbund eine konstitutionelle Krise bedeute oder, wenn man wollte, eine Wachstumsstille. Dieses Ergebnis werde jedoch vielen Leuten zu denken geben. Jedenfalls würden bis zum September ernste und andauernde Anstrengungen einfließen, um die Wiederkehr dieser bedauerlichen Erscheinungen zu verhindern.

Genf, 16. März. Wie der Sonderberichterstatter des WTB aus Kreisen der fremden Delegationen erfährt, soll am Schluß der heutigen abschließlichen Ratssitzung eine Abkündigung über die Frage der Vertagung des deutschen Aufnahmeantrages und der damit zusammenhängenden Angelegenheiten vorgenommen worden sein, bei der sich sieben Ratsmitglieder für und drei gegen die Vertagung ausgesprochen hätten. Als die drei letzteren Ratsmächte werden Belgien, Schweden und Japan genannt.

Paris, 16. März. (WTB.) Ministerpräsident Briand hat den Unterstaatssekretär bei der Ministerpräsidentenschaft von seiner Absicht in Kenntnis gesetzt, Genf am Mittwochabend zu verlassen, um Donnerstag vormittag um dem auf 10 Uhr festgesetzten Ministerrat teilzunehmen zu können, in dem der Wortlaut der Regierungserklärung, die am Donnerstagnachmittag im Parlament abgegeben werden soll, festzusetzen ist.

Südamerika gegen Brasilien.

Genf, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Im allgemeinen ruhiger als die vorausgegangenen Tage, stand der Dienstag im Zeichen Brasiliens. Die Erörterung der am Montag Abend erzielten Einigung über den polnischen Ratsitz trat hinter dem brasilianischen Spul weit zurück und die am Vormittag erfolgte Besprechung zwischen dem tschechischen Außenminister und den deutschen Hauptdelegierten fand nur auf deutscher Seite einige Beachtung. Als der Reichsaussenminister von dieser Unterredung und der Einigung über die inneren Veränderungen im Rat Kenntnis gab, herrschte bei den deutschnationalen Pressevertretern arge Befürzung. Sie sahen wieder einen Traum schwinden, und da inzwischen auch die neuen spanischen Wünsche wenigstens vorläufig als durch Briand erledigt gelten mußten, setzten sie jetzt ihre einzige Hoffnung, daß doch noch alles schief gehen könnte, auf Brasilien!

Aus den Kreisen der Alliierten wurden inzwischen alle möglichen Schritte unternommen, um den Vertreter Brasiliens von seiner unverantwortlichen Absicht abzuhalten. Chamberlain und Briand beauftragten ihre Vertreter in Rio de Janeiro, sofort einen dringenden Schritt bei dem Präsidenten Brasiliens, Bernardo, zu unternehmen und Mello Franco von dem beabsichtigten Veto gegen Deutschland abzubringen. In Genf selbst versammelten sich sämtliche Vertreter der südamerikanischen Staaten. Die Diskussion dauerte nicht weniger als drei Stunden; sie nahm zeitweise heftige Formen an. Mello Franco, der die These zu verfechten suchte, daß er im Namen von ganz Südamerika sprechen dürfe, mußte sich von verschiedenen Delegierten anderer südamerikanischer Republiken sagen lassen, daß diese Auffassung unrichtig sei und daß es jedenfalls nicht im Interesse Südamerikas liege, wenn Brasilien durch seine Haltung die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund verhindere. Der brasilianische Vertreter betonte schließlich, daß sich seine Regierung wahrscheinlich einem einheitlichen Schritt aller südamerikanischen Republiken gegenüber nicht unempfindlich zeigen würde. Die Vertreter Kolumbiens und Chiles, die an sich für einen permanenten Sitz zugunsten Brasiliens eintraten, erklärten, daß sie die Haltung Mello Francos dennoch mißbilligten. Endlich wurde beschlossen, sich sofort telegraphisch an die Regierung in Rio de Janeiro zu wenden, um sie zu einem Verzicht auf ein Veto gegen den Eintritt Deutschlands zu veranlassen. Das Telegramm ging nachmittags gegen 4 Uhr ab und trägt sämtliche Unterschriften der bei dem Völkerbund akkreditierten Vertreter Südamerikas. Außerdem wurde ein Beschluß gefaßt, in dem der Rat um eine Vermehrung der südamerikanischen Mandate im Rat ersucht wird.

Der Beschluß der zehn südamerikanischen Delegationen hat folgenden Wortlaut:

1. Die Delegationen erneuern in ihrem Namen wie in dem ihrer Regierungen gegenüber der brasilianischen Regierung und ihrem hervorragenden Vertreter, Botschafter Mello Franco, ihre lebhafteste Sympathie.

2. Sie sprechen in Anbetracht der gegenwärtigen schwierigen Lage für den Völkerbund und in Anbetracht der Interessen des Weltfriedens, ferner gemäß der Notwendigkeit für die amerikanischen Staaten, eine vermittelnde Funktion zugunsten der Verständigung unter den europäischen Völkern auszuüben, Herrn Mello Franco den Wunsch der eben genannten Delegationen aus, daß Brasilien auf eine ihm gut scheinende Weise die Erzielung der Einstimmigkeit im Rat erleichtere, um die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden.

3. Die Herren Mello Franco und Guani (Uruguay) werden gebeten, dem Völkerbundsrat die einflussreiche Ueberzeugung der amerikanischen Delegationen vorzutragen, daß den zahlreichen amerikanischen Ländern im Völkerbundsrat eine größere Vertretung gegeben werden sollte.

Brasiliens Zusage an Deutschland.

Die deutsche Reichsregierung fragte im September 1924 bei den im Völkerbundsrat vertretenen Mächten an, ob sie mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund einverstanden seien. Die Zusage sämtlicher Ratsmächte erfolgte. Brasilien ließ es sich nicht nehmen, mit besonders schwingvollen Worten Deutschlands Aufnahme zu bewillkommen. Das Verhalten Brasiliens zeigt, daß es hinter den internationalen Formeln nationalistiche Ziele verbarg.

Um die Gesinnungstreue Brasiliens zu kennzeichnen, veröffentlichten wir, nach dem Vorgange englischer Zeitungen, den Wortlaut des brasilianischen Schreibens vom 1. Dezember 1924.

„Wir haben mit der größten Aufmerksamkeit die Denkschrift der deutschen Gesandtschaft vom 29. September und die beiden Schriftstücke, welche der angeführten Denkschrift beigegeben haben, gelesen.“

Die Wichtigkeit, die die brasilianische Regierung dem Völkerbunde beimißt, kam deutlich zum Ausdruck in der Schaffung einer ständigen Spezialdelegation in Genf, dem Sitz des umfangreichen internationalen Apparates, welcher durch den Vertrag von Versailles geschaffen worden ist.

Getreu dem Geiste und dem Buchstaben dieses Vertrages, dessen Mitzeichner wir sind, verfolgen wir mit der größten Sympathie die fortschreitende Entwicklung der verschiedenen Organe, die seitdem dort bauernd geschaffen werden, um endgültig den Frieden zwischen allen Völkern zu sichern.

Unsere Teilnahme an den Arbeiten des Völkerbundes befruchtet von unserer Seite klar den brennenden Wunsch, den wir hegen, in höherem Sinne an der Verwirklichung der edlen Ideale der Menschheit mitzuwirken.

Wir konnten deswegen nicht gleichgültig die Bestrebungen der Nationen betrachten, die in den Völkerbund eintreten und mit ihm an seinen Zielen mitarbeiten wollen.

Wir würden sogar unserer Zugehörigkeit zum Völkerbund keine Ehre antun, wenn wir den selbständigen Gedanken hätten, einzig und allein unsere Interessen als souveräner Staat und als Mitglied der amerikanischen Familie wahrzunehmen.

Außerdem wäre es eine Lüge unsererseits gegenüber dem brasilianischen Nationalempfinden, das sich heute vollkommen mit dem erhabenen Ziele des Völkerbundes deckt, wenn wir uns weigern würden, an der endgültigen Grundlegung zu einem Frieden durch Gerechtigkeit in Europa mitzuarbeiten.

Dieses ist der Geist, der uns immer zu leiten hat sei es in den Völkerbundsversammlungen, sei es im Schoße der Spezialkommissionen oder bei den Arbeiten des Völkerbundsrats, dem anzugehören wir ebenfalls die Ehre haben.

Die brasilianische Regierung ist jedoch der Ansicht, daß die Fragen, welche in den von Deutschland ausgeprochenen Wünschen zusammengefaßt sind, zu denen gehören, die nicht von Regierung zu Regierung verhandelt werden sollen, sondern vorzugsweise von den Mitgliedern des Völkerbundes und in ihrem Schoße auseinandergelegt und im ganzen erörtert werden müssen, damit die verschiedenen Seiten der genannten Fragen und die Gesichtspunkte der anderen Assoziierten besser erkannt werden können.

Die deutsche Regierung kann jedenfalls die Gemüthsruhe haben, daß wir unparteiisch und in verständlichem Geiste ihre Bestrebungen, welche in der Denkschrift vom 29. September 1924 enthalten sind, mit der festen Absicht prüfen werden, angemessene Lösungen für alle gerechten Fragen und Reklamationen zu finden, unbeschadet der Verpflichtungen, die durch Brasilien übernommen sind, und der guten Lehre des internationalen Rechts je nach der Natur des einzelnen Falles.

Der Völkerbund muß entschlossen nach einer immer größeren Universalität seiner Verfassung streben. Je mehr Anhänger die Institution zählen wird, um so größer werden ihre Stärke und ihr Prestige sein. Jede Nation, mag sie groß oder klein sein, die von den Ratsmitgliedern von Genf fern ist, bedeutet eine Lücke. Das Ideal ist, daß sich alle Völker dort vereinen und sich der edlen Arbeit hingeben, den Weg zu friedlichen Lösungen zu finden.

Ein System der gegenseitigen Unterstützung und des tatsächlichen Bestandes wird ohne Zweifel eines Tages diese sehr lobenswerten Bestrebungen krönen.

Dies vorausgeschickt, hat Brasilien an sich keinerlei Einwendungen gegen den Beitritt Deutschlands als Mitglied des Völkerbundes zu erheben, im Gegenteil, es wünscht, daß dieser Beitritt sich vollziehe. Auch ist Brasilien im Prinzip nicht dagegen, daß das neue Mitglied einen ständigen Sitz im Rat erhalte.

Diese Fragen und die anderen, auf die sich das Memorandum der deutschen Regierung bezieht, werden von Brasilien in unvoreingenommenem Geiste und in gerechter Abwägung ins Auge gefaßt werden, sobald wir gerufen werden, die Angelegenheit bei ihrer Erörterung der Völkerbundsversammlung zu behandeln.“

Gute Fortschritte in London.

Feststellung des Begriffs der Arbeitszeit.

London, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Konferenz der Arbeitsminister ergab sich eine einheitliche Auffassung über Art. 2 und 3 der Washingtoner Konvention. Die Frage der Sonntagsruhe wurde einer Unterkommission überwiesen. Im Hinblick auf die Arbeitszeit verständigte man sich darüber, daß unter Arbeitszeit gewöhnlich die Zeit zu verstehen sei, in der der Arbeitnehmer zur Verfügung des Arbeitgebers steht unter Abzug der Arbeitspausen. Die Besprechungen über Art. 4 der Konvention wurden nicht abgeschlossen, da die vom Arbeitsminister Brauns angeschnittene Frage der Eisenbahnen zu einer längeren Aussprache führte, die in der heutigen Sitzung nicht beendet wurde.

Von sämtlichen Delegationen wird die gute Zusammenarbeit auch am zweiten Konferenztag hervorgehoben. Die Konferenz erfährt morgen insofern eine Abänderung in der Zusammensetzung, als der belgische Arbeitsminister, Genosse Wouters, infolge der Krise des belgischen Franken seinen Aufenthalt in London abbrechen muß und morgen vormittag nach Brüssel fährt.

Gewerkschaftsbewegung

„Es muß etwas geschehen.“

Die SPD. befiehlt, die Gewerkschaften sollen parieren.

Böhm, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Die „Bergarbeiterzeitung“ veröffentlicht ein von dem Aktionsausschuß der SPD. im Ruhrgebiet vorbereitete Rundschreiben an die kommunikativen Bezirksleitungen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, in dem es heißt:

„In allen Gewerkschaften muß versucht werden, daß die Ortsverwaltung den beiden Parteien, SPD. und SPD., zu gleichen Teilen geldliche Unterstützungen gewährt. Die Verbände, die sich in unseren Händen befinden, müssen in dieser Beziehung die Initiative ergreifen. Wie bekannt, ist von einer Reihe von Gewerkschaften, Bergarbeiter- und Holzarbeiterverband usw., eine Delegation nach Amerika entsandt worden. In allen Mitglieder-versammlungen der betreffenden Organisationen muß die Frage an den Hauptvorstand gestellt werden, wer diese Reise finanziert hat, ob evtl. die 50 Pf., die damals für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens kollektiert wurden, für die Amerikareise verwendet worden sind. Natürlich weiß die SPD. genau, daß davon keine Rede sein kann.“ Bekanntlich sollten diese 50 Pf. für den Kampf um den Achtstundentag dienen. Kampagne in der Frage der Tarifabschlüsse: Weit stärker als bisher muß jetzt die Kampagne für die Kündigung der Tarife und für die einheitlichen Kampfmaßnahmen am 1. April aufgenommen werden. Wir haben noch einige Wochen Zeit. Die Frage der Fürstenabfindung muß mit der Frage der Tarife verbunden werden. Wir müssen der Arbeiterklasse zeigen, daß die Fürstenabfindung nicht eine besondere Frage ist, sondern, daß sie in engem Zusammenhang mit den anderen Fragen (Arbeitszeit, Tarifforderungen, Lohnfragen, Betriebskillingen) steht. Der bereits eingeleitete Kampf zur Kündigung der Tarifabkommen muß verstärkt werden. Metallarbeiter-, Bergarbeiter- und Transportarbeiterbündnis. Forderungen erheben zum Tarifablauf, Stimmung schaffen; es muß etwas geschehen. SPD.-Arbeiter gewinnen zu gemeinsamer Forderung und gemeinsame Entschlüsse.“

Unter der Ueberschrift „Vorbereitung der Arbeit der Opposition zum Verbandstag der Bergarbeiter“ wird dann weiter gesagt: „Die Gewerkschaftsabteilung gibt nähere Anweisungen über die einzuzulegenden Anträge zum Verbandstag der Bergarbeiter heraus, und gleichfalls wird die Fraktionsbildung vorbereitet werden müssen der Kampf um eine zahlreiche Delegiertenzahl der Opposition. Dies kann geschehen im Zusammenhang mit der Knappschafftsfrage und muß verbunden werden mit der Fürstenabfindungskampagne und den Kämpfen gegen die Luther-Regierung.“

Fürstenabfindung, Tarifabschlüsse, „Knappschafftsfrage“, Bündnis zwischen Gewerkschaften, Arbeitszeit usw., alles wird wie Kraut und Rüben durcheinandergeworfen. Parole: „Stimmung schaffen; es muß etwas geschehen.“ Die Drahtzieher wissen nur nicht recht, was. Die Hauptsache bleibt: Es muß Krach gemacht werden in den Gewerkschaften, die Arbeiter müssen sich in den Haaren fassen. Dann blüht der Weizen der Boyen der SPD. — und der Unternehmer.

Arbeiterentlassungen und Neunstundentag.

Bei der Reichsmarineleitung.

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird uns geschrieben:

Wir erhielten vor einigen Tagen aus Kiel die Mitteilung, daß bei dem Munitionsdepot Dietrichsdorf, das der Reichsmarineleitung unterstellt ist, 96 Arbeiter entlassen werden sollen. In Anbetracht der ohnehin schon ungeheuer hohen Zahl von Arbeitslosen in Kiel haben wir das Reichswehrministerium erlucht, die Entlassungen dadurch wenigstens einzuschränken, daß zunächst einmal die Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden für die noch vorhandene Belegschaft herabgesetzt wird; außerdem zu prüfen, ob nicht ein Teil der älteren Arbeiter unter Gewährung eines Ruhelohnes entlassen werden könnte.

Das Reichswehrministerium hat uns jetzt mitgeteilt, daß es bei der Entlassung bleiben müsse, weil durch die Herabsetzung der Arbeitszeit die notwendige zahlenmäßige Herabsetzung der Belegschaft nicht erreicht würde und daß eine Zurücksetzung aller Arbeiter auch nicht in Frage kommen könne.

Hier wird einfach vom grünen Tisch aus entschieden, gleichviel was aus den zur Entlassung kommenden Arbeitern nachher wird. Der Etat des Reichswehrministeriums ist in diesem Jahre wesentlich erhöht worden. Nach unserer Meinung müßte es möglich sein, einen Teil dieser Glatterhöhung auch für die Beschäftigung von Arbeitern zu verwenden, zumal wir bestimmt wissen, daß das Munitionsdepot in Dietrichsdorf Arbeitsgelegenheit hat.

Vielleicht nehmen sich einmal unsere Reichstagsabgeordneten der Sache noch nachträglich an, damit wenigstens ein Teil der Arbeiter weiterbeschäftigt werden kann. Herr Brauns verhandelt in London wegen der Ratifizierung des Achtstundentages, Herr Gehler aber meint, der Neunstundentag muß beibehalten werden.

Werkbeurlaubte als Kurzarbeiter.

Aus einem Rundschreiben des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt teilt der Amliche Preussische Pressedienst mit:

Nach der Einführung der Kurzarbeiterunterstützung kann Erwerbslosenunterstützung an Werkbeurlaubte oder Ausseher nicht mehr gewährt werden. Seit dem 1. März d. J. darf daher Erwerbslosenunterstützung nur noch Erwerbslosen bewilligt werden, deren Arbeitsverhältnis völlig, auch rechtlich, gelöst ist. Insbesondere muß der Arbeitgeber ihnen die Arbeitspapiere aus-

gehändigt haben. Das hindert nicht, daß der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer gegenüber die moralische oder rechtliche Verpflichtung übernimmt, ihn der Besserung der Wirtschaftslage bevorzugt wieder einzustellen und ihm den Genuß der Vergünstigungen zu erhalten, die durch längere Zugehörigkeit zum Betriebe erworben werden (Urlaub, Pensions-einrichtung usw.). Der Ausfall ganzer Arbeitsschichten steht dem Ausfall voller Arbeitstage gleich. Die Voraussetzung, daß volle Arbeitstage ausgefallen sein müssen, ist nicht erfüllt, soweit auf einen Arbeitstag weniger als ein Sechstel der gewöhnlichen Wochenarbeitszeit entfällt. Fällt jedoch der Sonnabend aus, so gilt er auch dann als voller Arbeitstag, wenn für ihn regelmäßig eine kürzere Arbeitszeit festgesetzt ist.

Sie werden entlassen.

Hörde, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Nach Mitteilung der Werkleitung ist von dem Förderverein (Förder A.-G.) bei dem Demobilisationskommissar die Entlassung von 1600 zurzeit ohne Lohn beurlaubten Arbeitern zum 27. März beantragt worden. Ausfallgebend für diesen Antrag sind die neuen Anordnungen für Kurzarbeiterunterstützung. Mit der Entlassung wird die Werkleitung angeblich den zurzeit ohne Lohn beurlaubten Werkangehörigen die Erwerbslosenunterstützung sichern

Tariffündigung für die Metalltransportarbeiter.

Der Verband Berliner Metallindustrieller hat das Lohnabkommen für die Metalltransportarbeiter zum 27. März gekündigt. Das jetzt gültige Lohnabkommen steht für Transportarbeiter über 21 Jahre in der Lohnklasse IV einen Tariflohn von

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin Jungsozialistische Vereinigung

Heute, Mittwoch, den 17. März, abends 7 1/2 Uhr, findet im Saalbau Friedrichsbain eine

MÄRZ-FEIER

statt. Die Ansprache hält Reichstagspräsident Gen. Paul Löbe. Anschließend Fackelzug zu den Gräbern der Märzgefallenen. Mitwirkende: Der Junge Chor — Spielgemeinschaft der Berliner Jungsozialisten. — Eintritt 30 Pfennig.

66 Pf. und in der Lohnklasse V von 64 Pf. vor. Diese Lohnsätze kamen im Oktober vorigen Jahres trotz der Sträubung des BWM. durch einen verbindlich erklärten Schiedsspruch zustande. Eine unlängst vom Ortsausschuß des BWM. aufgestellte Lohnstatistik ergab, daß die Transportarbeiter der Berliner Metallindustrie die am schlechtesten bezahlten Arbeiter Berlins sind. In Anbetracht dessen erscheint es nicht verständlich, daß der BWM. an den ohnehin völlig unzulänglichen und unwürdigen Löhnen weitere Abstriche machen will; denn anders kann die Kündigung des Lohnabkommens doch wohl nicht ausgeführt werden. Oberbeachtlich der BWM. etwa einen für die Transportarbeiter günstigeren Lohnantrag herbeizuführen? Es ist nicht ausgeschlossen, daß Herr v. Borff, der zugleich Vorsitzender des BWM. und der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände ist, erkannt hat, daß nicht nur in einzelnen Reflexen der Arbeitgebervereinigung Fehler begangen worden sind, sondern auch in der führenden Unternehmerorganisation Berlins, besonders hinsichtlich der Entlohnung der Transportarbeiter. Vielleicht erleben wir es noch, daß sich noch Herrn v. Borff auch Herr Kantorowicz geräuschlos von der Bühne sozialpolitischer Unternehmerpolitik zurückzieht. Sollten sich die Herren des BWM. so gewandt haben, ließe sich über die längst notwendige Erhöhung der Transportarbeiterlöhne allerdings reden.

Bureautratifizierung der russischen Gewerkschaften.

Der Gewerkschaftsrat des Leningrader Gouvernements ist mit der Ausarbeitung von Maßnahmen zur Befehung der gewerkschaftlichen Arbeit beschäftigt. Entsprechend den Richtlinien des Obersten Gewerkschaftsrates soll eine größere Elastizität der gewerkschaftlichen Organe erstrebt und ein energischer Kampf gegen den Bureautratismus in den Gewerkschaften aufgenommen werden. Wie die Wirtschaftsblätter der Sowjetpresse hierzu mitteilen, erreicht die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in Leningrad 620 880, d. h. 26,7 Proz. mehr als im Vorjahr. Diese Steigerung sei ausschließlich auf den Zustrom von neuen Arbeitern aus dem Dorf zurückzuführen, der aber das Kulturniveau der Gewerkschaften stark herabdrücke, was eine energische Aufklärungsarbeit notwendig mache. Auf diesem Gebiet sei nun bisher sehr wenig geschehen, der bürokratische Kommandotanz von oben erzeuge die Initiative. Die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten habe geringe Fortschritte gemacht. Nur 20—25 Proz. der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind Mitglieder von Genossenschaften. Die Verankerungsklassen umfassen weniger als die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder.

Kein Lohnabbau in der mecklenburgischen Metallindustrie.

Der Metallbund Mecklenburg hatte der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Stettin das bis zum 28. Februar laufende Lohnabkommen gekündigt, um eine Herabsetzung der Löhne um 5 Proz. die Stunde herbeizuführen. Direkte Verhandlungen, die zwischen den beteiligten Organisationen und dem Metallbund geführt wurden, führten zu keinem Ergebnis. Nachdem die Parteien nochmals unter dem Vorbehalt des Schlichters von Lübeck, Dr. Vint, verhandelt, einige man sich dahin, daß bis zum 1. September d. J. die alten Lohnsätze bestehen bleiben.

Verbandstag der Landarbeiter.

Berlin, 16. März.

Der Verbandstag des Deutschen Landarbeiterverbandes setzte seine Verhandlungen mit der Annahme einer Entschlüsselung fort, in der gegen die unerhörten Drangsalierungen der italienischen und ungarischen Landarbeiterschaft durch den Faschismus und die ungarische Fälscherregierung protestiert wird. Alsdann sprach der Hauptkassierer Wolfdt zum Bericht der Verbands-kasse. Der Redner betonte in seinen Ausführungen immer wieder die Notwendigkeit, endlich an die Schaffung eines Kampffonds heranzugehen.

Nach dem Hauptkassierer Wolfdt sprach der 2. Verbandsvorsitzende Böhrke über die „Organisierung der Kreisgruppen, Agitation in denselben und Regelung der Beitragsfrage“. Nach diesem Referat trat der Verbandstag dann in die Diskussion über die drei von Vorstandseite erstatteten Referate ein. Es wurde bedauert, daß der Deutsche Landarbeiterverband noch nicht mit der Organisation der Schweizer und der Gärtner ein Gebilde darstelle. Die Her-einlassung von polnischen Landarbeitern dürfe nicht dazu führen, daß deutsche Landarbeiter befristet werden. Die Einbeziehung der Landarbeiter in die Erwerbslosenfürsorge wurde gleichfalls gefordert. Die Kommunisten haben abgewirkt. Nach einem Schlußwort des Verbandsvorsitzenden wurde eine Entschlüsselung angenommen, in der es heißt:

Die Generalversammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Wiedereinführung von Ausnahmegesetzen

gegen die Landarbeiterschaft und erwartet von allen in Betracht kommenden Regierungsgestellten, daß der Grundsatz: „Reichsrecht geht vor Landrecht“ auch gegenüber der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiterschaft eingehalten wird.“

Dann hörte der Verbandstag ein Referat des Verbandsvorsitzenden Georg Schmidt über das Thema: „Die neuzeitlichen Aufgaben der Landarbeiterschaft.“ In dem Referat wurden folgende Programmpunkte besonders herausgeholt:

Freie und unabhängige Wohnungen für alle in der Land- und Forstwirtschaft und dem Weinbau beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Möglichste Befreiung des Deputatlohnes und, wo es irgend möglich ist, die Einführung des reinen Barlohnes. Befreiung des Deputatlohnes. Befreiung der Verkürzung der Arbeitszeit und reichliche Freizeit für die ländliche Arbeiterschaft und ihre Angehörigen. Befreiung des Hofgängerwesens. Gesehliche Bestimmungen, die den Schutz der schulpflichtigen und der aus den Schulen entlassenen jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vorsehen. Gleichstellung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiterschaft in Pflichten und Leistungen in der Sozialversicherung. Unbeschränkte Vereinigungsfreiheit und Wahrung der Freizügigkeit.

Die Abstimmung, das Programm durch Drucklegung in weitest- kreis hinauszutragen, ergab Einstimmigkeit.

Es wurde dann eine Resolution eingereicht, die den

Umbau der Landwirtschaftskammern

fordert. Es heißt da:

Die 4. Generalversammlung des Deutschen Landarbeiterverbandes erinnert die Reichsregierung nachdrücklich daran, daß schon vor mehr als drei Jahren der Reichswirtschaftsrat der Reichsregierung ein Gutachten zugeteilt hat, nach welchem ein zeitgemäßer Umbau der Landwirtschaftskammern und ein diesem Zwecke dienendes Reichsrahmengesetz verlangt wird.

Der Umstand, daß für die Frage einer Neuorganisation der Organisation der anderen Wirtschaftskammern (Handwerks- und Gewerbe- sowie Industrie- und Handelskammern) eine ähnliche Verständigung noch nicht erreicht ist, darf die Vorlage und Verabschiedung eines Reichsgesetzes über die Landwirtschaftskammern nicht weiter behindern.

Die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer haben es satt, noch länger von den für die Landwirtschaft zuständigen Wirtschaftskammern ausgeschlossen zu bleiben. Sie sind nicht gewillt, den Unternehmern die hochwichtigen Positionen in diesen öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen länger noch allein zu überlassen. Sie verlangen vielmehr auf Grund des Artikels 165 der Reichsverfassung gleichberechtigte Mitwirkung an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte.

Genosse Nowitski aus Warschau bittet uns, zu berichten, daß er von unwürdigen Pressalien der Landarbeiter in der Borckriegszeit gesprochen habe. Einen gleichen Vorwurf gegenüber den jetzt in Polen amtierenden Wolmoden zu erheben, lag ihm vollständig fern.

Jugendgruppe des ABK. Heute, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr. Völkchen: Jugendheim Gehlerstr. 61: Literarischer Abend — wir lesen russische Gedichte. — Redner: Jugendheim Hauptstr. 10: Lubow-Idoma-Wend (Ruman). — Wedding-Gesandten: Jugendheim Schönfelderstr. 1, Lehnheim, 5 Tr.: „Die Bedeutung des März in der Arbeiterbewegung“ (Dr. Dora Robich). — Charlottenburg: Jugendheim Köpenickerstr. 4: Lesabend — wir lesen aus wirtschaftspolitischen Zeitschriften. — Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 13: „Mit Berlin“ (Heldmann).

Reviergewerkschaftliche Jugendzentrale. Heute, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr: Jüngere Frauen: Jugendheim Bergstr. 25, Hof, Ausforderabend: Entschlüsselung und Entschlüsselung des Staates. — Schöneberg: Jugendheim Rudowstr. (Spartakus). — Köpenicker: Auf die Herrschaften. Erinnerung an die Märztag 1918. — Köpenicker: Jugendheim Bismarckstr. 64. Diskussionsabend: „Das Recht auf Arbeit“. — Köpenicker: Jugendheim, Metzgermeister-Bendebaustr. 10-11, 1. Vorstr. 2 Tr.: Vortrag: „Die Stellung der Jugend in der Gesellschaft“. — Wedding: Jugendheim Oberwälder Str. 10, Zimmer 12, „Gerechtigkeits-Abend“.

Ortsausschuß des BWM. Erlern. Heute, Mittwoch, nachmittags 5 Uhr Treffpunkt: Hamburger Platz zur Demonstration als letzter Appell aus Einzeichnung für das Volksbegehren.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Fritz Gehrman; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Gehrman; Journalistik: Dr. John Schickowski; Politik und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: H. Meiß; Schriftlich in Berlin: Verlag: Formäts-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Formäts-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68 Lindenstraße 2. Berlin 1. Verlag und „Unterhaltung und Wissen“.

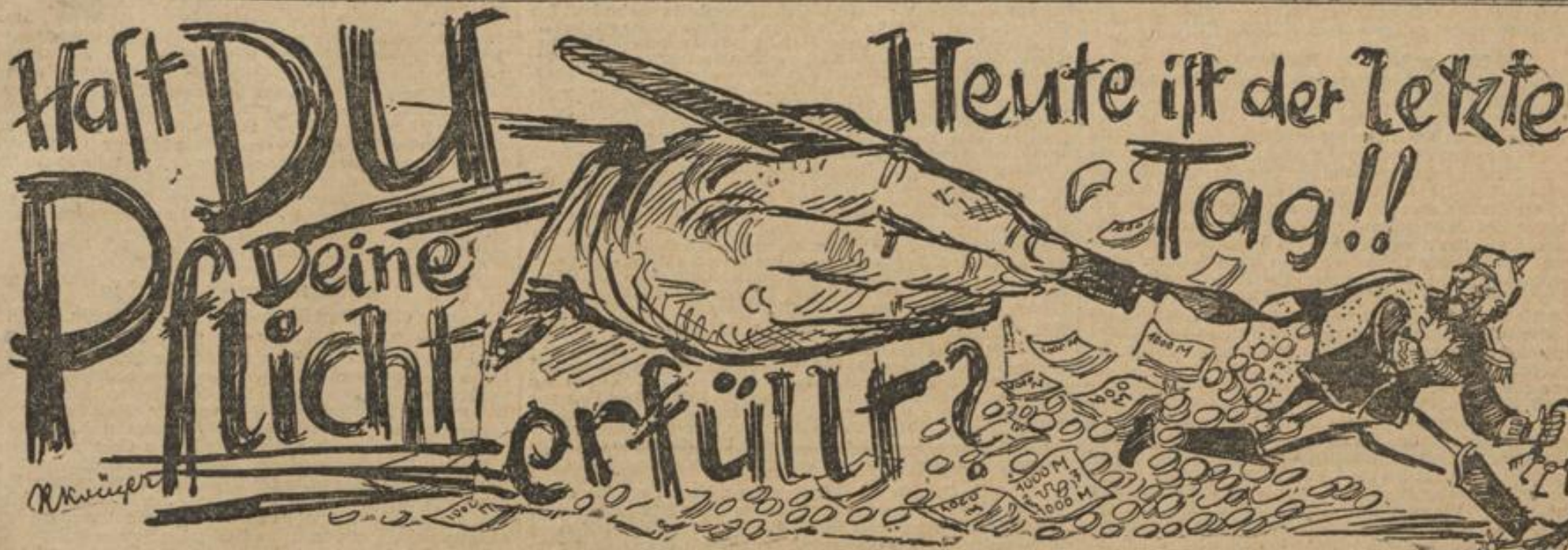
Sensationeller Fortschritt

Durch unsere neuen Automaten in einem Arbeitsgang

- 1 Herstellung des weichen Kartons *handlich, bequem in der kleinsten Tasche*
- 2 Einschlagen d. Zigaretten in Satinpapier *konzerviert Aroma und Geschmack, kein Ausfall*
- 3 Umhüllen der Zigaretten in Staniol *erhält die Frische, verhindert schäd. Einflüsse*
- 4 Einpacken der Zigaretten *hygienisch, sorgfältig, ohne manuelle Nachteile*
- 5 Verschluss der Packung *praktisch, stabil bis zur letzten Zigarette*

Zu Gunsten der Qualität!





Noch ist es Zeit!

Die letzte Stunde kam heran,
Der Zeiger rückt, bald ist es aus!
Du Arbeitsfrau, du Arbeitsmann,
Bleibt ihr vielleicht bis jetzt zu Haus?

Schweigst still! Die Worte ziehen nicht:
„Wir hatten wirklich keine Zeit!“
Ihr habt verträumt die ernste Pflicht
Aus frevelnder Bequemlichkeit!

Denn jede Stimme wird gezählt,
Und einzig ihr wollt säumig sein?
Schämt euch, wenn eure Stimme fehlt!
Noch ist es Zeit! Drum tragt euch ein!

Bilder vom vorletzten Einzählungstag.

Diesen Leuten, die da im Augenblick dem beobachtenden Blick keine passieren, gemühtlichen oder eilenden Schrittes über das holprige, düstere Pflaster des Schulhofes dem Eintragungslotal zustreben, ist in der Wiege bestimmt nicht das gegen die Fürsten eingekippt worden. Es sind nicht nur Proletarier, die niemals etwas befehlen haben, und denen man vielleicht irgendwelche Nachgebanten unterschreiben könnte. Ich sehe nicht nur Arbeitslose, die warentuell vom reichen Vermögen etwas, wenn auch nur einen unansehnlich winzigen Bröckchen erhalten würden. Wohl höre ich auch zuweilen das Schimpfen und Wälstern durch Krieg und Inflation verarmter, ruinierter Rentner. Aber es sind auch Menschen aus den sogenannten „besseren“ Schichten, denen ich da im Moment in die Augen schaue, wohlhabend oder zumindest in gesicherter Position, die noch in letzter Stunde, von den vielen Millionen eingetragener mitgerissen, ihren Namen zum Gelingen des Volkslehrens beisteuern. Da gleitet eine Dame über den Hof. Gedrückt, unsicher, rasch, hastig. Kengstliche Blicke huschen nach allen Seiten, wie, um sich zu vergewissern, ob nicht irgendwo feindselige, gehässige, verleumderische Augen lauern. Der weiche Mäntel, der sich um ihre Schultern schmiegt, scheint ihr im Augenblick recht unbehaglich zu sein. Nervös zucken die Finger an den Knöpfen herum. Warum bilden einen die Beamten nur so fragend an? Weiß man so schön ist? Oder vielleicht weil man zu schön ist, um sich hier bilden zu lassen? Kaum fünf Minuten später sieht eine andere Dame ihren selbstbestraumpften Fuß auf das schmutzige, holprige Hopfplaster. Nicht heimlich, verflohen wie ihre ängstliche Kollegin. Demonstration offen, fast herausfordernd

schlägt sie den Fürsten ein Schnippen. Langsamem Schrittes spaziert sie auf die Turnhalle zu, um ihren Namen in die Listen der Empörten einzutragen. Wohlgefällig ruhen ihre Augen auf die umstehenden Nachbarn und Nachbarinnen. Ein Schmünzlein, das besagen soll: „Ah, oh, sehr einmal her! Ich schiene mich gar nicht in so schlechter Gesellschaft zu befinden, wie es mir so manche Zeitung einreden will!“... Und vor dem Portal des Schulhofes hält mit einem ärmlichen Auf, die zahlreichen Eintragungswilligen wie einen Heuschreckenschwarm aufschauend, ein Auto. Ein breiter, behäbiger Herr, mit der Physiognomie eines Geschäftsmannes, schleicht sich seinen etwas erstaunten Genossen an...

Turnhalle Joachimsthaler Straße. Die Leute stehen Schlange, über den Schulhof und beinahe bis auf die Straße hinaus, wie zu Wilhelm's „friedlichen“ und Ludendorff's kriegerischen Zeiten vor den Lebensmittelgeschäften. „Dieses den Fürsten“, ist der Letzt eines großen Plakats, das auf der Straße Werbearbeit leistet, und an dessen Rand Eisengroschen und Inflationsmillionen, deren Menge von Tag zu Tag noch größer wird, hängen. Zu dieser „Abfindung“ trägt jeder gern bei. Ueberhaupt wird viel Sinn für Humor offenbart. So würdevoll sich die jungen Reichsbannerkameraden, die sich zu einem karikaturistischen Propagandazug zusammenrotten, vorkommen in ihrer Rolle als Kriegerereinsler mit hohem Zylinder auf dem Kopf und einem famolen blaubrilligen Lindström-Ludendorff an der Spitze, so sehr freute sich auch das Publikum über diese Demonstration und das mitgeführte Plakat: „Wir geben alles den Fürsten“. So mag denn die Kühnheit der Fürstenansprüche im Lichte der Karikatur noch so manchen bisher abseits Stehenden zur Einzählung zum Volksbegehren veranlaßt haben. Besonders deutlich wird das in der Turnhalle der Cäcilienstraße am Nikoloburger Platz, wo der feudalen Lage der Schule entsprechend, viele Leute zu Fuß und per Auto zur Einzählung erscheinen, denen man bei der Anstehung, wie der modernere Schilderträger am Eingang vorm Schulhaus erklärt. In der Turnhalle Uhländstraße 92 ist das Publikum wieder ganz proletarisch, steht so müde schon aus, wie das graue brüchige Häuserwerk, das in dieser Gegend wohnt. Hat man am Nikoloburger Platz sich vor allem schon aus demokratischer Gesinnung und belebtem Rechtsempfinden heraus vielfach zur Einzählung eingefunden, so spürt man hier in der Uhländstraße deutlich, daß es schon die nackte wirtschaftliche Not ist, die die Leute zur republikanischen Pflichterfüllung antreibt.

Die sich nicht einzählen können.

In den Wahlämtern des Bezirks hat in den letzten Tagen ein Ansturm von Tausenden eingekehrt, die sich Wahlscheine besorgen wollen. Die überaus komplizierte Bestimmung des Ein-

schreibverfahrens, daß Leute, die bei der letzten Stadtoverordnetenwahl nicht in Berlin wählten, sich Wahlscheine besorgen müssen, hat eine Unsumme kaum notwendiger Mühe für sehr viele zur Folge gehabt. Auf einem Bahnamt des Westens traf der Schreiber dieses am Dienstag eine Frau, die vor einiger Zeit aus Ostpreußen zugezogen ist. Sie war mit ihren beiden kleinen Kindern erschienen, um noch in letzter Stunde die nötigen Einzeichnungsformalitäten zu erledigen. Man zuckte bedauernd die Achseln. Mit dem Bedauern war es allerdings nicht so schlimm. „Sie müssen sich einen Schein aus Ostpreußen besorgen lassen!“ „Von heute auf morgen?“ sagt die Frau. „Ich lag krank zu Bett, sonst hätte ich das alles schon viel früher erledigt.“ Noch ein Wechselzettel. „Bitte der nächste“, sagt der Beamte. Der nächste ist ein Schupowachtmann, der vor sechs Wochen aus Westpreußen nach Berlin versetzt wurde. Auch ihm wird eine negative Antwort zuteil. „Sie müssen sich mit Ihrer Heftmat in Verbindung setzen.“ „Jeht noch? Ja, warum erschweren Sie denn das alles so unnötig. Ich bin doch in Berlin gemeldet.“ Draußen sagt mir der republikanische Schupowachtmann mit einiger Erleichterung: „Gestern bin ich aus dem Lazarett gekommen. Ich war krank. Rührt sich das denn gar nicht anders machen?“ Vielleicht siehe es sich. Aber die Beamten der Wahlämter handeln schließlich nur nach ihren Instruktionen. Und die sind leider so.

Dorfidyll bei Berlin.

Ein Bauerndorf in der letzten Vorortverkehrrspähäre — also nicht ganz unberührt von dem Verkehr mit der roten Stadtbevölkerung. Vor allem aber fehlt die Gutsherrschaft, die ja das größte Interesse daran hat, die Dorfsassen auf gläubige Weltanschauung nationalreaktionärer Richtung zu kontrollieren. In ganzem 150 Männlein und Weiblein, die wohlberedigt sind und im allgemeinen auch den Begriff der Wahlpflicht in sich aufgenommen haben. Nur zuletzt hatte wohl dieser oder jener sich gesagt, „ach, auf deine Stimme wird es nicht ankommen“ und er war zu Hause geblieben. Diesmal hat aber der Funke des Volksbegehrens gezündet. Zwar konnte keine Versammlung stattfinden, aber die kleine Zahl entschlossener Republikaner sorgte für mündliche Aufklärung. Kriegsschadigte und Siedler sind da im Dorf heimisch geworden — ihre Ersparnisse sind zu Wasser geworden, und man kann leicht verstehen, daß in ihrem Herzen keine Freude ist bei dem Gedanken an die Ansprüche der Fürsten. „Mögen sie doch auch arbeiten, wie wir alle“ — so hört man fast jeden sagen, den man ins Gespräch zieht. Auch die Scheu, daß man diesmal öffentlich seine Meinung zum Ausdruck bringen muß, hat sich angesichts des lawinenhaften Anschwellens der Bewegung verflüchtigt. Die, die in den ersten Tagen sich nicht recht herantrauten, haben es in-

Onkel Moses.

Roman von Schalom Uch.

Irgend etwas in seinem Herzen zweifelte an seiner Kraft. Und seine böse Lust brannte darauf, dieses Etwas in seinem Herzen zu überzeugen, daß er seinen Voratz ausführen werde. Onkel Moses murmelte vor sich: „Ob sie will oder nicht, sie muß Kinder haben.“ Jemand trat an seinen Schreibtisch. Der Onkel hob die Brauen und sah Maschas Vater, Aaron, bleich und erschrocken vor sich stehen; er spähte nach allen Seiten, ob kein Lauscher in der Nähe wäre. „Onkel, es war ein Mißverständnis. Das Mädchen hat dann die ganze Nacht geweiht. Sie weiß nicht, was eigentlich über sie gekommen ist.“ Der Onkel wußte, daß Aaron log, daß er all das nur deshalb sagte, weil er um sein Brot Angst hatte. Das war ihm jetzt angenehm zu hören. Er steckte den Kopf in den Brief, ließ Aaron reden und tat, als hörte er nichts. „In ein paar Tagen wird sie wieder nüchtern sein; dann soll der Onkel kommen. Alles wird wieder gut sein.“ „Ruhe, darüber ist nicht mehr zu sprechen. Habe keine Angst, ich werde dich nicht vor die Türe setzen, wenigstens vorläufig nicht, solange du keine andere Beschäftigung hast. Aber du begreiffst ja, dich und deine Leute aushalten wie bisher — davon kann keine Rede sein. Mascha bedeutet für mich jetzt gar nichts, sie saß selbst, daß sie mich nicht liebt. Ich habe gar nichts gegen sie, ich wünsche ihr das Allerbeste, und wenn du einmal die Mütze für sie brauchst, selbstverständlich, wie jeder von meinen Landsteuten... Aber du begreiffst, daß es besondere Begünstigungen nicht mehr geben kann. Wenn du bei mir bleiben willst, so mußt du wieder in die Werkstatt; wenn nicht, so werde ich dir gute Empfehlungen geben.“ „Onkel, was spricht der Onkel da? Es ist doch gar nichts geschehen. Das Mädchen wird doch blamiert — was spricht der Onkel da?“ Dem Onkel tat es wohl. Er legte den Brief weg und blickte Aaron an. „Sam!“ „Sam lief herbei.“ „Wie hat er doch zu Hause geheißt?“ der Onkel deutete auf Aaron. Sam traute seinen Ohren nicht; zögernd antwortete er: „Ich glaube... Gorgel.“ „Gorgel ist gut“, der Onkel erhob sich und verließ den Laden, ohne Aaron eines Wortes zu würdigen.

„Sam, die Bestellung für Baltimore muß bis zum Ersten geliefert werden, verstanden?“ „Yes, Onkel.“ Der Onkel trat auf die Straße. Er wußte nicht, was er anfangen sollte. Die böse Lust brannte noch in ihm, und um sie zu kühlen, ging er zu der Frau vom Restaurant, was er nicht mehr getan hatte, seit er mit ihrem Manne übereingekommen war. Er nahm sie in ein separates Zimmer, setzte sich nahe zu ihr, und beide aßen gebratene Enten und tranken Viktor dazu. Der Mann, welcher jetzt des Onkels Hausadministrator war, mußte die Lederbüßen auftragen und beide bedienen, und Onkel Moses ließ sich von ihm die Schuhe ausziehen. Er betrank sich — was selten vorkam — und blieb die ganze Nacht bei der Frau... 13. Mascha kommt zum Onkel. „Was soll nun werden, Rosa, was?“ Aaron Melnik meinte. In seinem Heim herrschte tiefe Verstimmung. Seit ein paar Tagen waren die Zimmer nicht ausgeräumt. Man sah und schief nicht. Die jüngeren Kinder kamen vom Lande zurück. Gili, welche als Kind, als Aaron noch in der Hopkinsstreet wohnte, so gern Kino gespielt hatte, war jetzt ein erwachsenes Mädchen und besuchte das Lyzeum; sie hatte schon selbst den Ehrgeiz, Braut zu werden, und wehlagte und weinte deshalb am stärksten, daß die Schwester sie unglücklich mache. Die anderen Kinder, welche nun im Wohlstande ausgewachsen waren und nur noch wie im Traume sich der Armut in der Hopkinsstreet erinnerten, fühlten das Unglück mehr als sie es verstanden. Sie weinten nicht, doch sie gingen kindisch bekümmert und ernst umher; ihr kindlicher Kummer machte mehr Eindruck auf Mascha als des Vaters Tränen. Die kleine Lea, Maschas jüngstes Schwesterchen, das von Kindheit auf gewohnt war, die „American Lady“ zu spielen, und unaufhörlich das Englisch im Hause forrigierte, blickte mit ihren Kinder-Augen Mascha an. Mascha war Leas Ideal, und sie fand keine Worte. Sie fühlte, wenn Mascha so handelte, so mußte es so sein. Der Vater ging hilflos und schwach wie seine Kinder mit verbundenem Kopf in der Wohnung umher und rang unaufhörlich die Hände: „Was soll nun werden, was?“ Den Juden schreckte die Armut, welche ihm bevorstand. In seinem Leben besah er gar nichts, weder Glauben an sich selbst noch Energie, nur die Günst des Onkels, welche er mit dem Glück seiner Tochter erkaufte hatte — und diese Günst stand in Gefahr; gefährdet war sein Erwerb, sein Leben, sein

tägliches Brot, seine Wohnung. Er sah sich wieder in den Abgrund versinken, aus dem er sich erhoben hatte. Er verlor das Gewicht, um welches er in der Zeit, da es ihm gut ging, zugenommen hatte, und sah wieder aus, wie zur Zeit, da er in der Werkstatt beim Onkel arbeitete. Nur Maschas Mutter, Rosa, ergab sich nicht. Erst lachte sie über den ganzen Vorfall — das Mädchen hat sich etwas in den Kopf gesetzt, wenn sie es überschlagen hat, wird sie wieder nüchtern werden! Doch als sie sah, daß das Mädchen es überschlagen hatte und doch nicht nüchtern wurde, da erklärte sie Mascha, daß sie kein Recht mehr habe, zurückzutreten. „Jeht trittst du zurück? Zu spät, liebe Tochter! Vier Jahre lang hast du ihn bei der Nase herumgeführt. Er hat sein Leben deinetwegen geopfert; er hätte das schönste und beste Mädchen heiraten können, nicht eine Schnorrerin, wie du, der er ein Kleid zum Anziehen hat kaufen müssen! Jeht willst du zurücktreten? Jeht, wo er so viel Geld in dich hineingesteckt und so lange auf dich gewartet hat, jeht willst du nicht? Zu spät, liebe Tochter, zu spät. Du hättest zurücktreten müssen, wie er den ersten Dollar für dich ausgegeben hat, wie du noch klein warst, ehe er noch deinem Vater einen ordentlichen Verdienst gegeben hat, damals in der Hopkinsstreet. In der Hopkinsstreet hättest du nein sagen dürfen, jeht nicht.“ „Ach, Rosa, es ist ja ohnedies zu spät. Der Onkel will nichts mehr hören und von nichts mehr wissen“, warf Aaron ein. Mascha sah ein, daß die Mutter recht hatte, doch sie fühlte sich nicht schuldig. Alles war ohne ihr Wissen so gekommen. Als sie ein Kind war, hatte sie nicht gewußt, was es bedeutete, zu heiraten. Erst jetzt hatte sie es empfunden. Und am meisten hatte sie erschreckt, daß sie immer, immer mit dem Onkel würde zusammen sein müssen, immer mit ihm gehen, immer bei ihm sein. Sie haßte den Onkel nicht, im Gegenteil, sie hatte ihn recht gern, und sie war ihm sehr dankbar, doch es war ihr langweilig mit dem Onkel. Und sie hatte Furcht vor der Langeweile. „Was bin ich denn schuld, Mutter? Ich bin nicht schuld!“ „Wer ist also schuld? Ich? Für mich hat er Geld ausgegeben? Mich hat er ins Lyzeum geschickt? Mir hat er Musiklehrer gehalten? Dir hat er sein Leben geopfert. Er hätte eine Lady bekommen können, eine first class American Lady. Wen er nur wollte, hätte er kriegen können. Aber er hat nicht geheiratet, sondern auf dich gewartet — wie stellst du dir das vor, erst hast du ihm den Kopf verdreht, und jeht willst du nicht? Mit wem treibst du dein Spiel? Glaubst du, er sei deinesgleichen? Weißt du, wer der Onkel ist? Weißt du das?“ (Fortsetzung folgt.)

zwischen nachgeholt oder werden den letzten Tag benutzen. So wird der nie fehlende Sicherheitskommissarius, der „als letzter“ eingerechnet wird, auch genügend Gesellschaft finden. Das bei den letzten Wahlen erzielte Verhältnis zwischen Rechts- und Linken ist diesmal zugunsten von links verschoben worden — der beste Beweis für die dem Volksbegehren innewohnende frische Kraft!

Aus der weiteren Umgebung.

Die Einzelzeichnungen zum Volksbegehren im 20. Bezirk haben in den letzten Tagen geradezu glänzende Ergebnisse gebracht. In der Gartenstadt Frohnau, dem früheren kaiserlichen Jagdrevier, haben sich bisher 124 Personen eingetragen. Bei der letzten Wahl wurden für SPD. und KPD. zusammen 100 Stimmen abgegeben. Die Einzelzeichnungen für Dienstag und Mittwoch stehen noch aus. In Heiligensee auf der amtl. Dienststelle haben sich bis Montag etwa 750 Personen eingetragen, demgegenüber steht das letzte Wahlergebnis von 428 Stimmen der SPD. und KPD. In Tegeler befindet sich das Einzelzeichnungslokal im Restaurant „Zum Schwan“. Bei der letzten Wahl brachten SPD. und KPD. zusammen 198 Stimmen auf. Bis Dienstag waren zum Volksbegehren bereits 418 Einzelzeichnungen erfolgt. In Tegel befindet sich die Einzelzeichnungsstelle im Rathaus. Während sich am Montag etwa 1000 Personen eingetragen, ist die Zahl am Dienstag weit überschritten worden. Um 1/6 Uhr herrschte noch großer Betrieb und über 100 Personen standen noch vor den Listen. In Wittenau brachte die letzte Wahl für beide linksstehenden Parteien 3262 Stimmen. Bis Montag waren bereits 3848 Einzelzeichnungen gegeben, die sich am Dienstag noch um etwa 600 Stimmen erhöhten. In Reinickendorf-West in der 2. Gemeindefschule, Biffloriastraße, waren bis Montag 6436 Stimmen eingetragen. Die Zahl hat sich am Dienstag um 800 erhöht. Demgegenüber steht die Stimmzahl der letzten Wahl mit 5189. Auch hier standen um 7 Uhr noch über 100 Einzelnennungen, die ihrer Erledigung harren. In der 1. Gemeindefschule, Lindauer Str., waren bis Montag 3345 Einzelzeichnungen erfolgt. Am Dienstag fanden sich noch beinahe 600 Personen ein, die sich in die Listen einzeichneten. Auch hier ist die Stimmzahl der letzten Wahl, die ein Ergebnis von 2647 Stimmen brachte, erheblich überschritten. In Rosenenthal, in der Schule Schillerstraße, waren gegenüber dem letzten Wahlergebnis der SPD. und KPD. von 1326 Stimmen bis Montag 1725 Einzelzeichnungen zum Volksbegehren erfolgt. Am Dienstag wurden weitere 258 Stimmen abgegeben. In der 3. Gemeindefschule in der Zeitzallee waren bis Dienstag abend etwa 3300 Einzelzeichnungen erfolgt. Demgegenüber steht die Zahl der letzten Wahl der beiden Linksparteien mit zusammen 3378 Stimmen. Noch um 1/8 Uhr abends standen über 100 Einzelnennungen in der Halle, um ihrer Eintragungspflicht zu genügen.

„So hat er euch abgefunden!“

rufen in Riesenlettern vier platierte Möbelwagen dem Volke zu, die als Propaganda gegen die Fürstenträuber zum Volksbegehren einzusetzen. Seit dem frühen Mittag des gestrigen Tages durchfahren diese Wagen unserer Partei die Stadt. Eine zugkräftige Agitation, die bewirken soll, auch den letzten Mann, die letzte Frau an die Einzelzeichnungslisten heranzuziehen. Es geht um des Volkes Zukunft! Keinen Pfennig den Fürsten und ihren Rätsellen! Das rote Berlin steht im Reich an erster Stelle. Aber noch sind nicht alle zur Wehr bereit, die die Würgefaust der Cressler an der Gurgel fahrt. Ruft die letzten Stunden.

Demonstration in zwölfter Stunde.

Die erste Schlacht um Leben und Gut des von fürstlichem Raub bedrückten Volkes neigt ihrem Ende zu. Schöneberg-Friedenau stand am Dienstag abend nochmals im Zeichen einer imposanten Mahnung an die Massen: Zeichnet Euch in das Volksbegehren. Wehrt dem mörderischen Attentat des fürstlichen Cressler. Unsere Partei sowie die KPD. hatten zu einer gewaltigen Kundgebung auf dem Winterfeldplatz ausgerufen. Schon kurz vor 8 Uhr war der weite Platz dicht gefüllt. Unzählige Fahnen, Transparente und Plakate leuchteten über den Massen, die in einhelliger Empörung gegen den Anschlag der Cressler demonstrierten. In starken Gruppen war das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold vertreten. Für die Sozialdemokratie sprachen die Genossen Stadtrat Bendi und Stadtverordneter Willberg unter dem stürmischen Beifall der Versammelten eindringliche Worte in letzter Stunde. Gewaltig sind die Millionenjahren des Volksprotestes aufmarschiert, viele Hunderttausende haben jedoch noch immer ihre Pflicht nicht erfüllt. Den Ausplünderungsplan der fürstlichen Kasse gilt es zunächst zu machen. Hierfür alle Kräfte einzusetzen, das deutsche Volk vor schmachvollster Verraubung zu bewahren, ist der Wunsch und Wille der versammelten vielen Tausende, ohne Unterschied der Partei. Nach Schluss der Ansprachen sang die riesige Menge entzückten Hauptes die Internationale. Gewaltige Demonstrationen folgten, die bis in die späten Abendstunden unter Musik und Gesang durch die Straßen Schönebergs zogen. Halb Schöneberg war auf den Beinen, um sich die gewaltige Kundgebung anzusehen. Sprachhören riesen zur Wahl auf, auf unzähligen Plakaten wurden fürstliche Habgier und Rot des Volkes drastisch dargestellt.

Die Berliner Gesundheitswoche.

Vom 18. bis 25. April wird in Berlin eine Gesundheitswoche stattfinden, über deren Organisation vor einigen Tagen den Pressevertretern von den Veranstaltern nähere Mitteilung gemacht worden ist. Als erster Referent sprach der Direktor im Hauptgesundheitsamt Dr. Schwägers.

Er führte aus, daß die Berliner Gesundheitswoche ein Teil der für das Reich in Aussicht genommenen Reichsgesundheitswoche sei. Sie wird eröffnet durch eine Feler in der neuen Aula der Universität, in der der Reichsinnenminister, die Abteilungsdirigenten der zuständigen Ministerien, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter das Wort ergreifen werden. Die Reden sollen zu gleicher Zeit im Rundfunk verbreitet werden. Es werden im Laufe der Woche in den verschiedensten Stadtteilen 72 Vorträge mit dreiviertelstündigen Schilddrüsenvorführungen über Volkstrantheiten usw. stattfinden, die zur hygienischen Volksbelehrung beitragen sollen. Bernünftigerweise soll aber nur auf solche gesundheitsfördernde Tatsachen hingewiesen werden, die in der heutigen Zeit den verarmten Massen zur Verfügung stehen. Was zurück zu Licht, Luft und Sonne. Durch diese drei Heilfaktoren kann z. B. die in Deutschland so weit verbreitete Rachitis (Englische Krankheit) in absehbarer Zeit zum Verschwinden gebracht werden. Aber auch der Aufklärung der Frauen über die Verhütung und Heilung des Krebses soll in weitestem Maße Rechnung getragen werden.

Der nächste Redner Dr. Bonwidi, Syndikus der Arbeitsgemeinschaft der Reichsversicherungsträger, wies auf die große Bedeutung einer weitgehenden Aufklärung in den Betrieben hin. Zu diesem Zweck sollen in den einzelnen Betrieben selbst Vorträge mit Filmporführungen stattfinden. Aber vorbeugen ist billiger als heilen. Es müssen deshalb schon bei der Berufswahl durch sachgemäße Beratung die Anwärter ausgeschieden werden, die nach dem heutigen Stande unserer Kenntnis hierfür ungeeignet sind, und deshalb den ungünstigen Einwirkungen des Berufes besonders schnell zum Opfer fallen müssen. Der dritte Redner war der Stadtmedizinalrat Prof. Dr. Druggalski. Er begrüßte es sehr, daß der Reichsinnenminister als erster das Abhalten einer Gesundheitswoche vorgeschlagen hätte. Bei dieser Feststellung ist ihm aber ein Irrtum unterlaufen, denn schon vor bald anderthalb Jahren machte der Reichstagsabgeordnete Genosse Dr. Moses in dem Weltartikel der ersten Nummer der „Deutschen Krankenkassen-Korrespondenz“ den Vorschlag, alljährlich eine Reichsgesundheitswoche abzuhalten. Diese Anregung wurde dann von den fünf Spitzenorganisationen der deutschen Krankenkassen im Interesse der Volksgesundheit aufgegriffen und dem Reichsinnenministerium zugeleitet. Prof. Druggalski begrüßte dann mit vollem Recht den gesundheitslichen Aufschwung

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 17. März.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
3.30 Uhr nachm.: Jugendbühne. (Unterhaltungsstunde). Die Funkprinzessin erzählt: L. Brüder Grimm: Rumpelstilchen. 2. Brüder Grimm: König Drosselbart. Die Funkprinzessin: Auguste Prach-Grevenberg. 4.30-6 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufmann. 6.35 Uhr abends: Dr. med. E. Mosbacher: „Erkältung — die große Mode“. 7 Uhr abends: Reichsbahnrat Dr. Schultz: „Die Güterwagenverteilung der Reichsbahn bei Wagenmangel“. 7.30 Uhr abends: Dr. Wilhelm Ziegler: „Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen“. 7.55 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Philosophie. Ministerialrat Dr. med. Alfred Beyer: „Psychologie der Gemeinschaft“. 8.30-10 Uhr abends: Singspiele. Abteilung Schauspiel. Leitung: Alfred Braun. Das deutsche Lustspiel. 4. Abend. „Die geliebte Dornrose“ von Andreas Gryphius. Anschließend: Lustige Weissen-Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufmann. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30-12 Uhr abends: Tanzmusik (Funktanzkapelle, Leitung: Konzertmeister Franz v. Sapanowski).

Königswusterhausen, Mittwoch, den 17. März.

3-3.30 Uhr nachm.: Studienrat Friebe und Lektor Mann: Englisch für Anfänger. 3.30-4 Uhr nachm.: Studienrat Friebe und Lektor Mann: Englisch für Fortgeschrittene. 4-4.30 Uhr nachm.: Frl. Studienrätin Dr. Agnes Molthan: Die Formung des Stoffes unter besonderer Berücksichtigung der psychologischen Eigenart. 4.30-5 Uhr nachm.: Frl. Anna v. Gierke: Die gewerblichen Berufe. 8.30 Uhr abends: Übertragung aus Berlin.

der durch die Jugend- und Sportbewegung, die wir aus den angelsächsischen Ländern übernommen haben, in unser Volk gekommen ist. Nicht beizupflichten ist aber seinem Vorschlag, durch eine großzügige Propaganda für das Roggenbrot Abfallmöglichkeiten, für die in Deutschland überschüssigen anderthalb Millionen Roggen zu schaffen. Der nächste Redner war Prof. Hoffmann vom Hauptgesundheitsamt, der über die im Funkhaus projektierte Hygieneausstellung sprach. Auch hier sollen die möglichen Verbesserungen den Besuchern gezeigt werden: die Einrichtung und Verbesserung von Wohnungen, der Ernährung, der Säuglingspflege usw.

Den Schluss der Rednerliste machte Dr. Rosenhomen, der Leiter der zur gleichen Zeit stattfindenden Hygienemesse. Auch er versprach, daß die medizinische Industrie bestrebt sein werde durch billigste und beste Lieferung an Krankenhäuser und Ärzte mit all ihren Kräften zur Hebung der Volksgesundheit beizutragen. Wir werden noch vor Beginn der Gesundheitswoche auf die ganze Veranstaltung zurückkommen.

Der Kostzwang im Krankenhaus Moabit.

Ein Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion.

Die im „Vorwärts“ bereits gerügte skandalöse Lebensmittelvergeudung, die im Krankenhaus Moabit von der Verwaltung unbedünnt um den Widerstand des Personals gegen den eingeführten Kostzwang in hartnäckigem Bürokratismus getrieben wird, veranlaßt die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion folgenden Dringlichkeitsantrag einzubringen:

„Im Krankenhaus Moabit hat das Personal einen vom Bezirksamt neu eingeführten Kostzwang abgelehnt. Die Verwaltung hat angeordnet, daß trotzdem täglich die Lebensmittel ausgegeben werden und liegen bleiben, bis sie verdorben sind und fortgeworfen werden. Der Magistrat wird ersucht, unverzüglich beim Bezirksamt Tiergarten zu veranlassen, daß diese gewissensvolle Vergeudung von Lebensmitteln abgestellt wird und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden.“

Der Gaunerstreich im Polizeipräsidium.

Alle Täter verhaftet.

Zwei falsche Kriminalbeamte laurerten, wie wir seinerzeit berichteten, am 20. September v. J. zwei jungen Angestellten der Deutschen Betriebsgesellschaft für drahtlose Telegraphie um die Ritztasche auf, als sie 20000 M. Lohngehalt von einer Depositionskasse der Deutschen Bank am Halleschen Tor abgeholt hatten.

Am Hochbahnhof wiesen sie sich mit irgendeinem gefälschten Papier, auf dem der Name des einen Angestellten geschrieben stand, aus und erklärten, daß sie sie beide nach dem Polizeipräsidium bringen müßten, wo sie in einem Verfahren wegen Steuerhinterziehung als Zeugen vernommen werden sollten. In einem Auto, das herangerufen wurde, fuhr man nach dem Alexanderplatz. Hier wurde die Aktentasche, die das Geld enthielt, vorläufig beschlagnahmt. Einer der „Beamten“ ging, während das Auto mit den Insassen auf dem Lichthof wartete, weiter in das Gebäude hinein, angeblich, um in seinem Dienstzimmer die Ankunft der Zeugen zu melden. Er kam nicht wieder und nach einer Weile versagte auch der zweite mit der Aktentasche mit dem Gelde. Schon nach zwei Tagen sah einer der Gauner, ein 31 Jahre alter Kaufmann Wilhelm Berger, hinter Schloß und Riegel. Er wurde vom Schöffengericht zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, die er in Wöllgensee verbüßt. Jetzt ist es gelungen, auch den zweiten falschen Beamten und noch weitere zwei Beteiligte zu ermitteln und festzunehmen. Der Plan ging von einem 34 Jahre alten Kaufmann Hermann Schwabe aus der Kleiststraße aus. Dieser war früher bei der Gesellschaft angestellt und kannte deren Gepflogenheiten. Er hatte Berger und einen 35 Jahre alten Handlungsgehilfen Kurt Müller aus der Steinwegstraße in Lokalen kennengelernt und war ebenso wie diese stets in Geldverlegenheiten. Schwabe deckte den Plan aus, sich durch eine Beschlagnahme auf einmal eine große Summe zu verschaffen. Die beiden anderen waren gern bereit, mitzumachen, schlugen aber vor, noch einen 36 Jahre alten Schlosser Reinhold Wiebach aus der Winkelmanntstraße zu Stenbal hinzuzuziehen, den sie von seinem früheren Aufenthalt in Berlin her kannten. Man wählte den 30. September, an dem wieder Lohngehalt abgeholt werden mußten. Berger und Wiebach wurden als die „Lichtigsten“ dazu bestimmt, die Rolle der Kriminalbeamten zu spielen. Nach der Verhaftung Bergers beobachtete die Kriminalpolizei ständig dessen Verbot und ihren Verkehr. Sie durchsuchten auch einmal deren Wohnung und fanden dabei einen Kassettenrekorder, der auf die Spur der übrigen führte. Wiebach war mit seinem Anteil nach Stenbal zurückgefahren. Schwabe und Müller aber hatten bald alles, was sie bei dem Handstreich „ermorben“ hatten, verbüßelt.

Unter der Anklage des Münzverbrechens.

Der noch jugendliche, bisher völlig unbescholtene Arbeiter Willi B. nahm in seiner Not die Zuflucht zu einem der schwersten Verbrechen, die das Strafgesetzbuch kennt. Er verschaffte sich falsche Fünfmarktscheine. Die er hauptsächlich bei kleinen Händlern umzusetzen veruchte. Jetzt stand B. unter der schweren Anklage des Münzverbrechens vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte.

In der Verhandlung war der Angeklagte ängstlich darauf bedacht, die Quelle geheim zu halten, aus der er das Falschgeld bezog. Mit einer Gewandtheit, die für jemand, der das erstmal vor Gericht steht, geradezu erstaunlich war, suchte sich B. aus allen heiklen Situationen herauszuwinden. Er wollte einmal einen Fünfmarktschein gemischt und hierbei zehn Fünfmarktscheine herausbekommen haben, von denen er wirklich keine Ahnung hatte, daß sie falsch waren. Natürlich konnte er sich nicht mehr bestimmen, wo das gewesen war. Alle Vorstellungen des Vorsitzenden blieben vergeblich. B. bezeichnete sich selbst als den Heringsfänger. Nun suchte er aber bei jedem Einkauf einen Fünfmarktschein zu wechseln, besonders gern bei Zeitungshändlern, die immer schnell und häufig durch

die Straßen eilen. Ob er sich an den Wagen kleiner Händler eine Schachtel Wispa, ein Paar Schnürsenkel oder einige Zigaretten erwarb, ein falscher Schein wurde regelmäßig gemischt. In der Gegend des Schönhauser Tors erzielte ihn aber schließlich doch sein Schicksal. Die Handelfrau, die dem Angeklagten zwei Bananen verkauft hatte, sah sich den Fünfmarktschein etwas genauer an, wurde stutzig und ließ B. einfach festnehmen. Auf der Revierwache konnten ihm dann noch sieben der Falschfälscher abgenommen werden. Obwohl die Zahl der Geprüften bedeutend höher als zehn war, außerdem doch noch sieben bei ihm beschlagnahmt wurden, blieb der Angeklagte bei seiner ersten Darstellung. Nur mit Rücksicht darauf, daß B. nach dem Gutachten des medizinischen Sachverständigen als ein epileptischer Psychopath bezeichnet wurde, der außerdem noch geistig minderwertig sei, wurde er zu einer verhältnismäßig milden Strafe verurteilt. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr und 6 Monate Zuchthaus, 2 Monate wurden auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet. Außerdem wurden ihm noch die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren abgesprochen.

Telephon Berlin—London.

Gute Verständigung! Wie in Berlin.

In der Zeit außerordentlichster Weiterentwicklung des Radio drahtlosen Bild- und Unterschriftenübermittlung, in der Zeit, in der es schon gelungen ist, in Berlin an einem verkehrsfreien Sonntag drahtlose Ferngespräche London—New York mitzuhören, ist das Drahttelefon beinahe schon eine gute alte Sache, die sich eben vortrefflich bewährt hat und darum beibehalten wird. Das Drahttelefon ist aber darum noch lange nicht am Ende seines Lebens, d. h. seiner Ausdehnung gelangt. Seit mehreren Jahren spricht man von Deutschland schon unter der Ostsee, dem Sund zwischen Kopenhagen und Kalmö nach Stockholm, und nun ist auch der ständige und regelmäßige Fernsprechdienst mit London aufgenommen worden, also unter den Fluten der Nordsee hindurch. Freilich, das Telefon London—Paris unter dem Kernellanal funktioniert schon solange, daß bereits in den achtziger Jahren der politische Flüchtling Henry Rochefort, der seine französische Heimat meiden mußte, seine Leitartikel täglich von London nach Paris telephonierte. Trotzdem hat es lange gedauert, bis der direkte Fernsprechverkehr London—Berlin hergestellt und zur allgemeinen Benutzung freigegeben werden konnte. Unter den ersten, die sich des neuen Verkehrsmittels bedienten, war der Londoner Korrespondent des „Soz. PresseDienst“, der am Montag abend wichtige Informationen über die Konferenz der Arbeitsminister in London nach Berlin telephonierte. Hätte er, wie noch vor kurzem, telegraphieren müssen, dann hätte er nicht wissen können, wann sein Bericht in Berlin eintrifft; beim Telefon hatte er die Gewißheit, daß in dem Augenblick, wo er nach beendetem Gespräch den Hörer wieder auflegte, das nach Berlin übermittelte Material den weiteren Weg angetreten hat, um den Lesern unserer Parteipresse am nächsten Tag vorzuliegen. Die Verständigung bei diesem ersten Gespräch war trotz der starken elektrischen Ladung der Luft infolge des ständigen Wetterwechsels so gut wie bei einem beliebigen Stadtgespräch. Der Fernsprechdraht, zumal wenn er unterirdisch verlegt ist, wird natürlich durch solche atmosphärischen Erscheinungen viel weniger betroffen als die freien Wellen.

Reineidprozesse Dr. Hölscher.

In dem großen Reineidprozeß gegen Dr. Hölscher und Genossen bekam der Angeklagte Dr. H. einen Krampfanfall, so daß die Verhandlung auf kurze Zeit vertagt werden mußte. Nach der Wiedereröffnung wurde ohne den Angeklagten Dr. H. zunächst weiterverhandelt. An erster Stelle wurde Frau Helene Halle, geschiedene Frau Dr. Kuder, ausgerufen, um die sich die ganze Reineidaffäre dreht. Sie schilderte ihre traurige Ehe mit Dr. H., der sie ständig betrogen habe, so daß sie sich das Leben nehmen wollte. Sie mußte, daß er sie durch Privatbeteiligte beobachtet sich, und bezeichnete alle Anaben der Angeklagten Biergut und Siedat als unwahr. Biergut selbst machte bei seiner Bernehmung sehr unangenehme Aussagen. Zum Schluss wurde nach der Bruder des Angeklagten, Professor Dr. Hölscher, vernommen, der erklärte, daß der Bruder zwar zu Übertreibungen neige, sonst aber ein wahrheitsliebender Mensch sei. Darauf wurde die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Lustige Gesellschaft im Waisenhause.

Im Rummelsburger Waisenhause der Stadt Berlin sah am Sonntag eine lustige Gesellschaft in der Turnhalle beisammen. Angehörige der im Waisenhause untergebrachten Kinder und auch ehemalige Zöglinge dieser Anstalt waren der Einladung des Waisenhausdirektors Seger gefolgt, und ließen sich von den Kindern mit einem „Lenten Abend“ unterhalten. Frauen und Männer, die in der Waisenschule tätig sind, nahmen als Gäste an der Veranstaltung teil, darunter Obermagistratsrat Knaut, der Leiter des Erziehungsamtes der Stadt. Kinder waren es, die sich um das Gelingen dieses „bunten Abends“ mühten, aber gerade darin lag sein besonderer Reiz. Etwas zu schaffen, ist dem Kinde ein Bedürfnis. Schaffen zu können, bereitet ihm edelste Freude. Und Kinder beim Schaffen zu sehen, ist eine Freude für jeden Freund der Jugend. In Gesangsvoorträgen und Deklamationen, in Reigentänzen und Schattenspielen, in einer dreifachen Berufung der Borzämpfe und in zwei gut eingehenden kleinen Theaterstücken zeigten die Mädel und Jungen, was sie wissen. Die Zuhörer folgten den Darbietungen in angeregter Stimmung und dankten mit warmem Beifall. Die beiden Theaterstücke, schelmische Märchenstücke, hatten bei der belustigten Zuhörerschaft den stärksten Erfolg. Die gelungene Veranstaltung, deren Ertrag (50 Pfennig Eintrittsgeld) den Waisenkinder zugute kommt, soll am Sonntag abend, 20. März, 6 Uhr, wiederholt werden.

Beim Anglieren verunglückte tödlich gestern abend gegen 1/7 Uhr in der Ronnendammallee der 40 Jahre alte Schaffner Karl Schöne aus der Wellerstraße 53. Sch. kam beim Rangieren zwischen Triebwagen und Anhänger und wurde totgedrückt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Ausbau von Schulen. Nach einem Beschluß des Magistrats sollen in Mariendorf das Realgymnasium und in Reinickendorf die Realschule beim Realgymnasium zu Volksschulen ausgebaut werden. Für den Schulbau in Lichterrade wurden die Mehrkosten von 52 000 M. bewilligt.

In der Generalversammlung des Vereins der Freidenker für Feuerbekämpfung im Bezirk Wedding erhielten bei der Wahl der Delegierten zur Generalversammlung die Liste 1 (Verwaltung) 57 Stimmen, Liste 2 (Kommunisten) 573 Stimmen, Liste 3 (SPD.) 420 Stimmen. — Die Kandidaten der SPD. sind demnach gewählt worden.

Gegen Schnupfen

empfiehlt der Arzt Forman Forman schafft sofort Erleichterung; die übermäßige Schlimpfung hört auf, die Kopfschmerzen und die dumpfe Benommenheit schwinden sofort. Forman erhalten Sie in allen Apotheken und Drogerien. Verlangen Sie nicht „ein Mittel gegen Schnupfen“, sondern verlangen Sie klar und deutlich „Forman“, eine Dose für 60 Pfennig.

Der fröhliche Bettler.

Von Emil Vahsel.

Im Weltkriege waren dem Frank beide Beine abgeschossen worden. Frank aber hatte seinen Humor nicht verloren. Er verschaffte sich ein niedriges Wägelchen, das er lenken und in welchem er betteln konnte. Er versuchte es zunächst in einer stillen menschenleeren Gasse in der Nähe seiner Vorstadtbehausung und mußte bald einsehen, daß ihn diese Gasse nicht ernähren konnte. So suchte er sich denn eine lebhaftere aus und schließlich verzog er darauf, in eine ganz lebhaft verkehrte Straße zu „tutshieren“, und so wurde denn die Wassergasse sein täglicher Aufenthalt, wo er Zeitungen verkaufte. Das mußte er tun, um vom Postkisten nicht festgenommen zu werden.

Sein Gewerbe war nicht gerade angenehm. Es war dies sogar eine Plage, denn er mußte den ganzen Tag bei jedem Bettler am Posten sein, wenn er nicht verhungern wollte. Man konnte ihn täglich in seinem Wägelchen sehen mit der Röhre in der Hand und hören, wie er mit fröhlicher Stimme die Vorübergehenden ansprach. Seine Wangen waren von der frischen Luft gesung gefärbt und nicht eingefallen und die Augen leuchteten ihm ständig, wenn er die vorübergehenden Dienstmädchen ansprach. Jedem, der bei ihm eine Zeitung kaufte, pflegte er stets etwas Fröhliches zu sagen, die passenden Sprüchelein und Verse verfertigte er selbst und die leichte Verfertigung derselben und die Inspiration, die ihm innewohnte, bereitet ihm Freude. Er machte Verse auf die, welche ihm etwas abkauften und auf die, welche achlos an ihm vorbeikamen, als ob er gar nicht existierte.

Und schließlich ließ ihn einer wegen seiner Fröhlichkeit festnehmen. Dem Postkisten blieb nichts anderes übrig, als das Wägelchen mit dem Festgenommenen vor sich herzuschieben. Die Beförderung des heillosen Bettlers war ihm peinlich. Wahrscheinlich war ihm sein Beruf noch niemals so unangenehm vorgekommen wie in diesem Falle.

Und schließlich überkam ihn ein Zorn gegen den Krüppel, denn der Invalide lächelte unaufhörlich und deklamerte ständig Reime, welche er rasch und geschwind über sein Unglück verfertigt hatte.

Schweig, wenn du betrunken bist, schrie endlich der Postkist. Warum sollst du betrunken sein, Herr Wachmann, fragte der Bettler. Ich bin nicht betrunken, denn ich pflege bloß des Abends zu trinken und dann ist mein Getränk nur frisches Wasser.

Dann bist du ein Narr!
Ich bin nicht froh, — ich liebe alle Menschen. Ich liebe selbst Sie. Ich liebe sogar den italienischen Kanonier, der mir meine Beine abgeschossen hat. Ich liebe die ganze Welt.

Dann bist du ein Narr.
Der Krüppel hielt ein. Er senkte das Haupt. Dann sprach er schlicht: Ein Narr. Das ist möglich. Aber weshalb, bitte, halten Sie mich für einen Narren?

Woh! Bloß ein Narr diejenigen beleidigen kann, welche ihn beschützen. Du mußt dir doch deinen Lebensunterhalt teuer verdienen und sollstest für jede Gabe dankbar sein.

Ich verdiene sehr wenig, sagte der Bettler. Wenn mir einer eine Zeitung abkauft, will er auf Heller und Pfennig heraushaben. Du kriegst!

Rein, ich läge nicht. Ich verdiene kaum mein armseliges Brot. Sie waren in einer stillen Nebengasse angelangt. Der Wachmann hörte mit dem Schieben des Wägelchens auf und sagte: Du bist also doch ein Narr! Die Wassergasse ist einträglich wie eine Großbank. Für dich mit deinen Beinen. . . Du als heillosen Krüppel mühest du in ihr zum Millionär werden. Aber höre mit dem bößwärtigen Lachen auf. Erfreue nicht die Menschen mit deinen Sprüchen! Dammere lieber. Zeige den Leuten deine Beinestümpfe! Die Not darf kein Mädchen zur Schau tragen. Höre auf, so gesund auszugehen. Rinn zu diesem Zwecke Pulver ein, die Ausgaben dafür werden sich dir bezahlt machen. Du wirst in einigen Jahren in der Lage sein, deine Gesundheit in einem großen Kurort herzustellen.

Aber wenn ich das nicht kann, meinte der Bettler schüchtern. . . Ich war stets fröhlich, und wenn ich aufhören müßte zu lächeln, wäre das mein Tod. Warum soll ich traurig aussehen? Ist es nicht viel schöner, wenn selbst ein Bettler zeigt, daß es herrlich ist zu leben?!

Ich habe keine Zeit, mit dir zu philosophieren, sagte der erzürnte Postkist. Aber soviel laß dir gesagt sein: sollte ich dich noch einmal lächeln und deine Verse herlesen, sehen, so nehme ich dich tatsächlich fest. Dann sollst du wegen Störung der öffentlichen Ordnung hinter Schloß und Riegel kommen, du Idiot!

(Uebersetzt von A. A.)

lichen Rede lernen wir Byron nicht nur als Politiker, sondern zugleich als einen Mann des seine Zeit weit überragenden Verstandes der die sozialen Ursachen jener Verzweiflungskämpfe der Arbeiterschaft gegen das einseitige Maschinenwesen kennen.

„Die Beharrlichkeit dieser unglücklichen Menschen in ihren Taten führt zu dem Beweise, daß nichts als der unbedingteste Mangel eine große, einsichtige und arbeitame Bevölkerung zur Begehung von Verbrechen verleiten konnte, die für diese Menschen selbst, für ihre Familien und die Gemeinde so gefährlich sind.“ Die Polizei war machtlos, wenn auch nicht müßig; aber nicht ein einziger „Verbrecher“ wurde auf frischer Tat betroffen. Und der Kern des Problems wird in folgenden Worten diegelegt: „Die Maschinen waren ihnen (den



Wer hat sich hier noch nicht eingetragen? Heut' hat die letzte Stunde geschlagen!

Unternehmern) ein Vorteil, insofern sie der Notwendigkeit abhelfen, eine größere Anzahl Arbeiter zu beschäftigen, die demzufolge dem Verhungern preisgegeben waren. Bei der Anwendung dieser Art von Maschinen insbesondere verrichtete ein Mensch die Arbeit von vielen, und die überflüssigen Arbeiter kamen außer Brot.“ Und für alle diejenigen, die die Wirtschaftskrise der Gegenwart auf die Revolution des Jahres 1918 aus Böswilligkeit oder Dummheit zurückführen, die sich der Einsicht in den weiterverbreitenden Charakter des Krieges verschließen, scheinen die Worte gesprochen, mit denen Byron die traurige Politik, den verderblichen Krieg gefehlt, der die Wohlfahrt der Arbeiter wie der Unternehmer, der „aller Menschen Wohlfahrt“ zertrümmert. „Kann man sich demnach wundern, wenn in Zeiten wie diesen, wo Bankrotte, offensbare Betrügereien und Beschuldigungen von Verbrechen in Lebensstreifen gefunden werden, die nicht weit unter dem Em. Herrlichkeiten sind, daß die unterste, wiewohl einst höchst nützliche Bevölkerung ihre Pflichten im Elend vergißt? . . . Aber inde der höherstehende Verbrecher Mittel finden kann, das Gesetz zu umgehen, muß man neue Lebensstrafen erfinden, neue Reize des Todes ausbreiten für den unglücklichen Fabrikarbeiter, den der Hunger zum Verbrecher treibt.“

Als man zu Beginn des Winters mit Hungerunruhen in Deutschland rechnete, da waren unsere Scharfmacher schnell mit ihrem allein seligmachenden Rezept bei der Hand. Wozu haben wir eine Reichswehr, wozu eine Schutzpolizei, wenn wir sie nicht von Zeit zu Zeit im Kampf gegen den „inneren Feind“ ihre Kräfte erproben lassen? Es ist nicht zuletzt der Einsicht und dem entschlossenen Widerstand des preussischen Innenministers Genossen Seegering zu danken, wenn uns das juchende Bild erspart blieb, daß bewaffnete Truppen auf Arbeiter schießen mußten. Die Scharfmacher der Gegenwart können so völlig sich sie auch gebärden, als ihre Ahnen jene englische Generation des Feudalismus und des Grundbesitzes aufzuweisen, gegen die sich der Horn Byrons richtete. „Wenn das Schwert das schlechteste Argument ist, dessen man sich bedienen kann, so sollte es auch das letzte sein. . . Man nennt diese Menschen einen Böbelhaufen, einen verzweifelten, gefährlichen, unwillenden, und scheint zu glauben, der einzige Weg, ihn zu beschwichtigen, sei, ihm ein paar überflüssige Köpfe abzuschlagen. Aber selbst ein roher Haufen wird besser zum Gehorsam zurückgeführt durch eine Mischung von Milde und Festigkeit als durch neue Aufreizung und verdoppelte Strafen.“

Während die deutschen Arbeiter im letzten Jahre der Inflation hungerten und von der Regierung des Reichskanzlers Cuno zwangsweise zu Opfern des passiven Widerstandes gemacht werden sollten, hatte diese selbe Regierung nichts Besseres zu tun, als der Ruhrindustrie märchenhafte Summen als Substanzmittel zur Verfügung zu stellen. Wie aber war es vor 114 Jahren? Die englischen Arbeiter hungerten; die Industrie lag darnieder — die englische Regierung aber stellte dem befreundeten Portugal eine Summe zur Verfügung, die von der Arbeiterschaft als eine Verhöhnung ihrer Leiden aufgefaßt wurde. „Will man auf jedem Feld einen Golgen bauen und die Menschen wie Vogelscheuchen aufhängen? Oder will man, was notwendig ist, um dieser Missetat Wirksamkeit zu schaffen, die Einwohner beglücken, das Land unter Kriegsrecht stellen, alles um sie her entvölkern und veröden und den Sherwoodwald der Krone zum annehmlichen Geschenk in seinem früheren Zustande als königliche Jagd- und Freistätte für Vogelfreie zurückgeben? Sind dies die Mittel für eine himelstreichende und verzweifelnde Bevölkerung? Werden den ausgehungerten Elenden, die unsere Bajonetten getroffen haben, die Golgen zurückzuführen? Wird das, was eure Grenadiere unbedeutend gelassen haben, von euren Scharfrichtern vollbracht werden?“

Die geschichtliche Entwicklung ist über jene Krise des Kapitalismus hinweggeschritten. Die Mittel der Expropriation sind verfeinert, die Methoden der Niederschlagung von Widerständen „zivilisiert“ geworden. Die Arbeiterschaft aber hat sich in der mächtig aufstrebenden Gewerkschaftsbewegung der letzten Jahrzehnte, in der Anwendung von Massen- und Einzelstreiks eine Waffe geschaffen, die sich als wirksamer erwiesen hat als der Säbel des Polizeistaates. Wenn wir uns in jene Zeiten zurückversetzen, so schauern wir vor der Unverhältniß ihrer Brutalität, zugleich aber leuchtet uns ein solcher Rückblick, was zu tun übrig bleibt, bis wir von einer wahren Emanzipation der Arbeiterklasse sprechen dürfen. **Bernor Belzer.**

Selbstmord bei Tieren.

Von Billy Bey.

Vom „treuen Hund“ gibt es eine gar rührende Geschichte. Sein Herr starb und fortan war das treue Tier nicht mehr vom Grabe wegzubringen, verweilerte das Futter und starb gleichfalls. Zugewogen! Jetzt kommt aber erst die Hauptsache. Natürlich starb der Hund mit Vorbedacht, — um wieder bei seinem Herrn zu sein, wählte er den Hungertod, verübte Selbstmord. Und dies (sachlich, schaurig-rührende „im Tode vereint“ will ich, — wahrscheinlich tue ich manchem damit weh, — bestreiten.

Man kann rein gedanklich an die Sache herankommen. Der Hund müßte nämlich wissen, daß Nahrungsverweigerung den Tod bedeutet. Da das kaum möglich ist, ist der ganze Grund hübsch erfunden. Der Sachverhalt braucht es nicht zu sein. Es ist bekannt, daß Hunde bei Abwesenheit des Herrn oft abelaurig sind und schlecht fressen. Und das Tier hält sich möglichst nahe dem Orte, wo es den Herrn zuletzt gerochen (Hunde richten sich nach dem Geruchssinn), eben am Grabe auf.

Nummer zwei ist der Selbstmord wegen Freiheitsberaubung. Wenn Vögel sich den Kopf an den Glascheiben des Käfigs einrennen, oder rings vom Wasser umgebene Tiere schließlich ertrinken, so ist das noch lange kein überlegter und gewollter Selbstmord. Sie sterben beim letzten verzweifeltesten Ausbruchversuch. — Schwieriger liegt die Sache schon beim Storpion. Wenn man ein solches Tier mit einem Ring von glühenden Kohlen umgibt, legt es sich nach vergeblichen Durchbruchversuchen (wenn es dabei nicht schon zu Tode gekommen ist) in die Mitte des Kreises und sticht sich mit dem giftigen Stachel in den Nervennoten am Kopfe.

Das sieht nun wirklich wie ein „richtiger“ Selbstmord aus, ist es aber trotzdem nicht. Bemerkte sei noch, daß dieser Fall sehr selten ist, meist erfolgt schon vorher der Tod durch Verbrennung. Wie ist es aber zu erklären?

Die Storpione sind lichtscheue Tiere und da uns schon großes Licht direkt körperlich wehtut, so muß ein solcher Schmerz bei Dunkelheit schon bei geringerer Lichtintensität einwirken. Diesen Schmerz empfindet das Tier im Kopfe. Seine natürliche Waffe ist der Stachel, also sticht es in die schmerzende Stelle, ohne sich der Folgen bewußt zu sein.

Der Selbstmord scheint also ein trauriges Vorrecht der Menschen zu sein, doch will ich gern zugeben, daß mir noch einige Fälle bekanntgeworden sind, die doch „echter“ aussehen, dafür aber nicht genügend verbürgt sind.

Zum Schluß sei noch der merkwürdige Fall des Selbstmordes einer Riesenschlange, der berühmten *Art Boa constrictor*, der sich vor gar nicht allzu langer Zeit im Hamburger Zoo ereignete, mitgeteilt. Das Reptil befand sich anscheinend auf der Nahrungssuche, erwischte bei dieser läßlichen Beschäftigung seinen eigenen Schwanz und fing an zu schlängen. Der Bissen war aber selbst für eine Riesenschlange zu groß — die hakenförmigen Zähne verbanden ein Ausgesprochenwerden — und sie erstickte an der Henkersmahlzeit.

Der Wärter fand am nächsten Morgen das lebendige, oder vielmehr tote Symbol der Ewigkeit erstickt auf. Die Riesenschlange war gestorben.

Geheimsprachen der Frauen.

Bei den verschiedensten Völkern der Erde findet man den Brauch, daß sich die Frauen, wenn sie miteinander plaudern, einer anderen Sprache bedienen, als wenn sie mit Männern sprechen. Nach den eingehenden Forschungen von Kraus trifft man besonders häufig Beispiele von Frauensprachen bei den Indianerstämmen Guatemalas und Brasiliens an. Bei ihnen haben Frauen und Männer entweder nur zum Teil andere Bezeichnungen für einzelne Gegenstände oder überhaupt gesonderte Frauen- und Männerwörter, wogegen bei den Chiquitos in Bolivien die Frauen oft nur die Endungen der Worte verändern. Bei den Karibben, dem Indianerstamm, der heute fast ganz ausgefallen ist, findet man ganz unverständliche Sprachgewohnheiten; bei ihnen gibt es eine Sprache, die von Frauen und Männern, wenn sie zu Männern sprechen, angewendet wird und eine andere, wenn die Frauen untereinander sprechen; dieser bedienen sich jedoch auch die Männer für „weibliche“ Sachen.

Auch die süditalienischen Kaffeefrauen sprechen eine eigene Sonderprache, deren Gebrauch indes ganz seltsame Gesetze vorgeschrieben, indem sie jeweils durch die Verwandtschaftsverhältnisse bedingt werden. Keine Frau darf z. B. jemals ein Wort aussprechen, das im Zusammenhang mit dem Namen eines ihrer Schwäger steht. Schwer hat es auch eine Frau bei den Jaltus, deren Gesetze ihr verbieten, den Namen ihres Großvaters oder Schwiegervaters oder dessen Brüder auszusprechen. Diese Gesetze sind manchmal so streng, daß, wenn der Name eines dieser Herren z. B. ein „J“ enthält, die Frau ihr Leben lang kein Wort aussprechen darf, in dem ebenfalls ein „J“ vorkommt. Die Malaiischen Frauen Ostafrikas plaudern wieder eine richtige Geheimsprache, die den Männern vollständig fremd ist und bleiben muß. Es sind aber auch immer nur ganz vertrauliche Dinge, die sich die schwarzen Damen in ihrer Sonderprache mitteilen. Auch die malaiischen Frauen vertrauen sich ihre Geheimnisse in Worten an, die die Männer nicht verstehen. Auf Borneo sprechen die Frauen der Brunai allerhand Sprachen, die sie sich selbst ausdenken, indem sie jeder Silbe beispielsweise eine andere anfügen. Diese „verkehrte Sprache“, wie sie bei den Frauen heißt, zeigt denn auch keinen einheitlichen Charakter. Anders dagegen ist es bei den Suahelis Afrikas, bei denen den jungen Mädchen ein regelrechter Unterricht in ihrer Sonderprache erteilt wird.

Bei den asiatischen Kirgisen gilt es für unschicklich, wenn eine Frau jemals den Namen eines ihrer männlichen Verwandten anspricht, was aber um so schwieriger ist, als manche Kirgisen die Namen von Gegenständen oder Tieren führen. Heißt also der Schwager einer Kirgisenfrau etwa „Messer“, so bleibt ihr nichts anderes übrig, als für das Wort Messer ihr ganzes Leben lang eine andere Bezeichnung zu wählen. Uebrigens hat selbst die japanische Sprache ihre eigenen Anwendungsarten, die für Männer und Frauen gesondert sind, ja sogar zwei Arten voneinander gesonderten Schriftsprachen und zwei verschiedene Satzgefüge.

Das Gehirn aus Messing. Im Coast and Geodetic Survey in Washington befindet sich eins der größten technischen Wunderwerke, das Menschenhand erdacht hat. Es ist tatsächlich ein „Gehirn aus Messing“ und besteht aus 15 000 Teilen, die in der exaktesten Weise ineinander greifen und zusammen arbeiten. Der Zweck dieser Wundermaschine besteht darin, für die Schifffahrt bei Eintritt der Gezeiten, nämlich von Ebbe und Flut aus genaueste zu berechnen. Die Kenntnis des Gezeiteneintritts ist für die Schifffahrt von großer Bedeutung, da die Schiffe die Ebbe und Flut benutzen, um bei Aus- und Einfahrt die Kräfte zu verwerthen, welche durch Ebbe und Flut von vornherein durch die Natur gegeben worden sind. Ferner ist der Eintritt der Flut für die Schiffe auch darum von größter Bedeutung, weil die Schiffe wegen ihres Tiefganges genötigt sind, die Flut auszunutzen, um überhaupt an bestimmten Stellen fahren zu können. Wenn der Eintritt der Gezeiten ganz unregelmäßig wäre und zu genau denselben Stunden erfolgen würde, dann könnte die Schifffahrt damit rechnen. Tatsächlich aber ist dies nicht der Fall, sondern der Eintritt ändert sich täglich. Es ist darum von größter Bedeutung, daß die Schifffahrt eine Veränderung vorher kennt, um ihre Maßnahmen danach ergreifen zu können. Dieses „Gehirn aus Messing“ erfüllt nun die ganz erstaunliche Aufgabe, den Wasserstand in irgendeinem Seehafen der Welt zu jeder beliebigen Stunde anzuzeigen. Wer dieses Messinggehirn besitzt, kann genau die Veränderung der Gezeiten von ihm ablesen, sogar für 1000 Jahre im voraus.

An der Wurzel des Kapitalismus

Eine Oberhausrede vor 114 Jahren.

Es ist ebenso Irreführend, als Ergebnis einer Betrachtung unserer Zeit im Vergleich zu früheren Jahrhunderten sozialer und politischer Rückständigkeit sich das ironische Faustwort „Wie herrlich weit wir's doch gebracht“ zu eigen zu machen, wie es verkehrt ist, nichts aus der Vergangenheit lernen und einen Fortschritt leugnen zu wollen, dessen Vorhandensein und Wirksamkeit nur der sozialistischen Auffassung des historischen Materialismus entspricht. Aus der Geschichte der dreißiger Jahre sind uns die deutschen Weberaufstände überliefert, Gerhard Hauptmann hat sie im Drama gebannt; unmittelbare Dokumente zeitgenössischen Charakters über die vernichtenden Wirkungen der Maschinen auf Körper, Geist und Seele des Arbeiters, der damals erst eigentlich anfing, sich bewußt und klassenmäßig als Proletariat zu fühlen, sind jedoch nur spärlich vorhanden, und gerade in der Gegenwart mit der verzweifelungssoollen Stimmung ihrer Wirtschaftskrise ist es nur von historischem, sondern von unmittelbar lebendigem Interesse, sich in die Kämpfe und Nöte einer Zeit zu versetzen, die wir im Zeitalter der Blüte des Kapitalismus überwunden haben.

Der deutsche Kapitalismus entwickelt sich langsamer als der des hochindustriellen England. Mehrere Jahrzehnte vor den ober-schleischen und schlesischen Weberaufständen griff in England die verzweifelte Arbeiterschaft zu Maßnahmen, die ihr als die allein mögliche Waffe der Notwehr gegen die Maschine dünkten. Die Maschine war der Feind, der Tausende und aber Tausende von Proletariatsarm brotlos machte; gegen sie richtete sich der unmittelbare Haß der Enteiementen, und vom Akt der Sabotage bis zum Angriff auf Leib und Leben verfeinerten Expropriateure war nur ein Schritt. Derartige Szenen waren in England zu Anfang des vorigen Jahrhunderts an der Tagesordnung. Am 27. Februar 1812 fand zu London im Hause der Lords die Debatte über die Fabrikmaschinenbill statt, zu der Lord Byron, der sonst den Parlamentsdebatten als schweigender Zuhörer betätigt, in leidenschaftlichen Ausföhrungen das Wort nahm. Wir kennen Lord Byron als den großen Dichter, als einen der nicht allzumiefen, zu dessen Ruhmesüberlieferung Goethe beitrug. In dieser flammenden und leidenschaft-

Disconto-Gesellschaft.

Geringere Steigerung der Umsätze. — Trotzdem 10 % Dividende.

Die Beurteilung des Jahresabschlusses der Disconto-Gesellschaft wird dadurch erschwert, daß hier nicht eine einzelne Großbank, sondern eine Art Bankkonzern mit festem und losen Angehörigen vorhanden ist. Die Bank trägt dieser Tatsache insofern Rechnung, als sie eine Art doppelter Bilanz vorlegt: einmal für die Disconto-Gesellschaft „einschließlich der Zweigniederlassungen“ und zum zweiten „einschließlich der Norddeutschen Bank in Hamburg und des Schaaffhausenschen Bankvereins A.-G., Köln“. Das gesamte Aktientkapital dieser beiden Banken, und, von jetzt ab, auch der Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp A.-G., befindet sich in den Händen der Disconto-Gesellschaft. Ferner ist sie maßgeblich an der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G. Mannheim (Wetzlar und Baden), am Bankhaus A. Pfeiffer, Kassel, an der Amsterdamer Handelsgesellschaft H. Albert de Berg und Co., sowie an Banken in Wien, Sofia, Brasilien und Chile beteiligt.

Die Ausdehnung des Geschäfts.

Bei einer Betrachtung der Bilanz für das Geschäftsjahr 1925 muß auffallen, daß die Umsatztätigkeit nur relativ wenig gesteigert werden konnte, nämlich nur von 48,5 auf 59,6 Milliarden Mark. Die Tatsache, daß das Maß der Geschäftsausweitung hinter dem bei den übrigen Großbanken erreichten Umfang zurückbleibt, geht auch aus der verhältnismäßig geringen Zunahme der wichtigsten Bilanzposten hervor. Unter Einfluß der Zahlen der Norddeutschen Bank und des Schaaffhausenschen Bankvereins ergibt sich bei „Debitoren in laufender Rechnung“ eine Vermehrung von 353,1 Millionen Mark (Ende 1924) auf 463,9 Mill. (Ende 1925) und bei „Gläubigern“ von 682,6 auf 693,1 Mill. Ferner sind die Verpflichtungen aus Wechseln und Schecks von 7,9 auf 60,6 Mill. Mark gestiegen, während die Aktien an Wechseln und Scheckanweisungen des Reichs und der Länder von 151,3 auf 235,8 Mill. Mark zugenommen haben; die Guthaben bei Banken sind sogar von 164,0 auf 154,9 Mill. Mark zurückgegangen. Die Entwicklung des Lombardgeschäfts (Wertpapiere und Waren) ist als normal zu bezeichnen. Bemerkenswert ist dagegen die starke Abnahme des — als sehr niedrig zu bezeichnenden — Postens „Eigene Wertpapiere“ von 12,5 auf 7,3 Mill. Mark. Da hier sehr erhebliche Käufe der Bank zu Zwecken der Kursstützung erfolgt sein müssen (auch die Disconto-Gesellschaft war Mitglied des Stützungsfortiums für Stinnes), besteht die Vermutung, daß durch eine radikale Unterbewertung der Effektenbestände hier größere stille Reserven geschaffen worden sind. Ebenso erklärt die Verringerung des Postens „Konfortialbeteiligungen“ von 27,5 auf 21,8 Mill. Mark.

Man kann noch bauen!

Im Gegensatz hierzu sind bei den am wenigsten liquiden Posten (Gebäude und Grundbesitz) noch Zugänge erfolgt, nämlich um 1,9 auf 43,7 Mill. Mark (wovon Gebäude: 40,5 Mill.). Dies wird damit erklärt, daß — trotz vorgenommener Grundstücksverkäufe und der Schließung von 14 Niederlassungen, sowie trotz Abzugs des Wertes von Aufwertungshypotheken in Höhe von 3,0 Mill. Mark — durch Neu- und Umbauten in Berlin und in der Provinz Höherbewertungen des Grundbesitzes erforderlich geworden sind!

Gewinne und offene Reserven.

Der RoH Gewinn der drei Banken ist mit 71,2 Mill. Mark gegen 81,1 im Vorjahre erheblich geringer geworden. Bei der Disconto-Gesellschaft allein beträgt die Abnahme 7,6 Mill. Mark. Nur durch eine fast entsprechend große Verringerung der Umfassen, die (für die drei Banken zusammen) 53,8 (gegen 62,1 Mill. i. V.) an Verwaltungskosten und 6,1 (gegen 6,7 Mill. i. V.) an Steuern ausmachen, konnte erreicht werden, daß der Reingewinn mit 11,3 Mill. gegen 12,2 Mill. i. V. einigermassen gleichgeblieben ist. Die Verteilung des Reingewinns der Disconto-Gesellschaft (10,7 Mill. gegen 10,8 Mill. i. V.) erfolgt derart, daß wiederum 10 Proz. Dividende ausgeschüttet werden, was diesmal — da die vollen 100 Mill. des Kommanditkapitals gegen nur 91,5 Mill. i. V. an der Verteilung teilhaben — volle 10 Mill. Mark beansprucht. Die Ueberweisung von 1 Mill. Mark an eine „besondere Reserve“, die im Vorjahre erfolgte, muß deshalb in diesem Jahre unterbleiben; der Aufsichtsrat erhält eine Vergütung in Höhe von 486 500 (i. V. 445 100) Mark und 181 000 (178 000) Mark werden auf neue Rechnung vorgetragen. — Norddeutsche Bank und Schaaffhausenscher Bankverein haben gleichfalls 10 Proz. Dividende auf das 12 bzw. 28 Mill. Mark betragende Aktientkapital ausgeschüttet; diese Summen erscheinen bei der Disconto-Gesellschaft als Einnahme. Ferner wurden bei der Norddeutschen Bank 250 000 Mark an die offene Reserve gegeben. Damit ist der Betrag der offenen Reserven bei den drei Banken auf 47,25 Mill. — bei einem Aktientkapital von 137 Mill. — gestiegen.

Abbau der Angestellten — weniger der Ausgaben!

Die Verringerung der Verwaltungskosten um 7 auf 42,5 Mill. Mark ist nur zum kleinen Teil eine Folge des Personalabbaus, der im Geschäftsjahr die Zahl der Angestellten um weitere 17 Proz. auf 7365 herabgedrückt hat, wodurch eine Verringerung der Personalausgaben um nur 6 Proz. erreicht wurde (wie aber steht es mit dem Abbau der Direktorengehälter?). Vielmehr sind die großen Einsparungen durch Verminderung der sachlichen Ausgaben einschließlich der Baukosten erzielt worden. Aber bis ins Jahr 1926 hinein haben die Bauarbeiten der Bank noch angehalten! Man scheint also hier recht großzügig vorgegangen zu sein: geparkt wurde weder an Grundstückskäufen, Neu- und Umbauten, noch an Aufsichtsratsvergütungen, sondern vor allem an Personalkosten für die Masse der „kleinen“ Angestellten!

Ein Gesamtüberblick über das abgelaufene Geschäftsjahr zeigt, daß die Ausgaben wirtschaftlich der Disconto-Gesellschaft — für Bauten und Grundstückskäufe, wie auch für Aufsichtsratsentnahmen — zum mindesten „großzügig“ gewesen ist. Schwächer aber noch wiegt der Vorwurf, daß die Bank bei relativ geringen Umsatzerlösen im normalen Kreditgeschäft und beim Darlehenlegen der übrigen eigentlich gewinnbringenden Geschäftszweige in ihrer Gewinnverteilungspolitik sich keinerlei Schranken auferlegt hat. Sie hat den Grundlag „kleiner Umsätze, großer Nutzen“ erfolgreich weiter durchgeführt — erfolgreich für die Bank, und zum Nachteil ihrer Kundenschaft wie auch der gesamten Volkswirtschaft.

Auf dem Wege zur internationalen Eisenverständigung

Die am Donnerstag in Paris wieder aufgenommenen Verhandlungen haben, wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ zuverlässig erfährt, grundsätzlich zur Wiederherstellung des internationalen Schienenfahrplans geführt. Die Quotenfrage, bisher die wichtigste Streitfrage, ist durch gegenseitiges Entgegenkommen gelöst worden. Die Verständigung über die Art und Weise der Vertragsausführung, die Kontrollmaßnahmen, Strafbestimmungen usw. steht noch aus. In Anbetracht des guten Willens sämtlicher Beteiligten erwartet man in dieser Hinsicht keine ersten Schwierigkeiten mehr. Bisher wurde nur über die Quotenfrage verhandelt. Die Preisfestlegung bleibt augenblicklich noch frei. Die Frage der etwaigen Zulassung noch andersstaatlicher Mitglieder zum internationalen Schienenfahrplan soll erst nach weiterer Förderung der derzeitigen Verhandlungen in Aussicht genommen werden. Von französischer Seite wird als Grundlage der Pariser Eisenverständigung die derzeitige Produktion der französischen Werke betont.

Es handelte sich also keinesfalls um eine Produktionsbeschränkung für Frankreich, sondern im Gegenteil um die Gewährleistung, eine der augenblicklichen Lage entsprechende Erzeugung abzugeben. An dieser Abjunktionsunterzeichnung seien Deutschland, Dänemark, Belgien und Frankreich beteiligt.

Der Stand der Verhandlungen.

In der Presse sind über die internationalen Eisenverhandlungen, die in der vorigen Woche in Paris stattgefunden haben, Nachrichten der verschiedensten Art verbreitet worden. Diese Mitteilungen beruhen, wie jetzt amtlich mitgeteilt wird, insbesondere bei den zahlenmäßigen Angaben zum größten Teil auf Gerüchten und willkürlichen Annahmen. Tatsache ist, daß bei diesen Verhandlungen Fragen der internationalen Preisvereinbarung und der Abregelung erörtert wurden. Man ist aber über Vorbesprechungen nicht hinausgekommen.

Die deutsche Regierung wurde über diese Verhandlungen laufend informiert. Es werden keinerlei Abreden ohne ihre Zustimmung Geltung bekommen. Auch dahin ist Vorsorge getroffen, daß die zurzeit im Gange befindlichen deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen durch die Eisenverhandlungen in keiner Weise gestört werden.

Die Stahlgesellschaft für die Gründung des westdeutschen Montantrusts, die Vereinigten Stahlwerke A.-G., verbreitet zu derselben Frage eine Pressemitteilung, in der es heißt: „Bezüglich der Besprechungen über die westeuropäische Schienenbahngüterverkehr ist unter den Teilnehmern dieser Verhandlungen in Paris auch die allgemeine Lage des europäischen und des Weltmarktes in Eisen erörtert worden. Es herrscht Uebereinstimmung unter sämtlichen Anwesenden, daß es unsinnig und auf die Dauer untragbar sei, die Erzeugnisse der Eisenindustrie in denjenigen Ländern, die eine solche Industrie nicht besitzen, weit unter den Selbstkosten zu verschleudern, und daß es wünschenswert und erstrebenswert sei, einen möglichst einheitlichen Eisenpreis in sämtlichen verbrauchenden Ländern der Welt zu erzielen. Man war sich aber vollständig darüber im Klaren, daß der Weg zu diesem Ziel ein außerordentlich schwieriger und langwieriger sein wird, und daß es insbesondere fast unmöglich erscheine, bei allen Einzelprodukten Verkaufspreiskote ins Leben zu rufen. Es ist daher erörtert worden, ob nicht vielmehr die Möglichkeit bestände, die Erzeugung dem Verbrauch tunlichst anzupassen. Diese Erwägungen sind aber über Vorbesprechungen bisher nicht hinausgekommen.“

Die Dementis der Industriellen und der amtlichen Stellen können darüber nicht hinwegtäuschen, daß die Bestrebungen zur Bildung eines internationalen Eisentrusts oder mindestens eines Syndikats weiter verfolgt werden. Fürs erste würde es zur Schaffung einer Monopolstellung der privaten Eisenindustrie vollkommen ausreichen, wenn man sich über die angebotene Einschränkung der Produktion verständigen würde. Die Regierung hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß ein solches Syndikat nicht greifbare Formen annimmt, ehe durch eine wirksame Kontrolle der Kartelle und durch Einflußnahme auf die Eisenindustrie dafür Sorge getragen ist, daß die deutsche Verarbeitungindustrie zu angemessenen Preisen den wichtigsten Rohstoff beziehen kann.

Der agrarische Weizen-Schwindel.

Es ist verblüffend, wie bereitwillig die Dummheitlichkeit der Behauptungen annimmt, die nach ihrer Herkunft aus kapitalistischen Interessentkreisen eigentlich auf vorsichtige Zurückhaltung aus einem gesunden kritischen Gefühl treffen müßten. Das gilt in besonders hohem Maße von der gegenwärtigen agrarischen Propaganda für einen stärkeren Verbrauch von Roggenbrot, die stets in Verbindung steht mit der Behauptung, daß in Deutschland „zu viel“ Weizenbrot gegessen

werde. Was dieses „zu viel“ bedeuten soll, wird dabei selten deutlich gesagt; aber es kann nur bedeuten: mehr als vor dem Kriege. Das jedoch ist nicht wahr, wie eben wieder eine „Berechnung der verfügbaren Mengen von Brotgetreide“ in Band 317 der „Statistik des Deutschen Reichs“ mit aller Deutlichkeit beweist. Dort wird folgende Rechnung für Weizen und Speis aufgemacht (wobei die Mehlaus- und -einfuhr entsprechend in Korn umgerechnet ist):

Berichtsjahr (vom 1. Juli bis 30. Juni)	Ernte minus Saatgut (Tonnen)	Netto-Einfuhr (Tonnen)	Gesamterzeugung (Tonnen)	Kopf (Kilo)
1913/14	4 688 712	1 766 808	6 455 520	95,8
1921/22	2 873 241	1 889 808	4 763 049	78,0
1922/23	1 784 211	1 145 984	2 930 195	47,6
1923/24	2 778 619	842 338	3 620 957	57,4
1924/25	2 215 782	1 988 839	4 204 621	67,9

Für den Vergleich der Vorkriegsverzehrung mit derjenigen der letzten Vorkriegszeit bietet die Berechnung die Zahlen des Verzehrungsjahres 1913/14. Das ist für einen möglichst exakten Vergleich zu wenig. So lange Erhebungen über die Korn- und Weizenbestände zu Anfang eines jeden Verzehrungsjahres fehlen, ist es, um die Ungleichheit dieser Bestände von Jahr zu Jahr als Fehlerquelle wenigstens nach Möglichkeit zu berücksichtigen, notwendig, Mehrjahresdurchschnitte zum Vergleich heranzuziehen. Meine eigenen Berechnungen ergaben anstatt der Kopfmenge von 95,8 Kilo, die das Statistische Reichsamts für das Verzehrungsjahr 1913/14 errechnet, eine Kopfmenge von 87,1 Kilo im Durchschnitt der Kalenderjahre 1909/13. Dabei ist noch weiter zu berücksichtigen, daß die deutschen Ernten der Vorkriegszeit heute allgemein als übermäßig gelten. Wird diese Ueberhöhung mit etwa 13 Proz. angenommen, so ermäßigt sich die Kopfmenge für 1913/14 auf 85,36 Kilo und für den Durchschnitt der Jahre 1909/13 auf 78,4 Kilo. Alle diese Vergleichszahlen für die letzte Vorkriegszeit (auch die vorstehend berechnete niedrigste von 78,4) liegen wesentlich über den Kopfzahlen für 1921/22 bis 1924/25. Insbesondere blieb der Weizenverbrauch in Deutschland in den letzten drei Verzehrungsjahren stark hinter dem Vorkriegsverbrauch zurück.

Für eine Ueberbreitung des Vorkriegsverbrauchs im laufenden Verzehrungsjahr 1925/26 liegen bisher keine Anzeichen vor. Im Jahre 1925 wurden in Deutschland 3 271 870 Tonnen Weizen und Speis geerntet. Nach Abzug von 10,5 Proz. für Saatgut gewährt diese Ernte unter Zugrundelegung der Einwohnerzahl von Mitte 1925 (62 839 000) eine Verzehrungsmöglichkeit von 48,25 Kilo pro Kopf der Bevölkerung. Wenn auch nur die niedrigste oben mitgeteilte Kopfmenge der Vorkriegszeit (78,4 Kilo) erreicht werden soll, so müssen vom Juli 1925 bis zum Juni 1926 nicht weniger als 1 885 830 Tonnen Weizen eingeführt werden. In den ersten sieben Monaten des Verzehrungsjahres 1925/26 wurden nun netto 692 724 Tonnen Weizen und Speis und 125 509 Tonnen Weizenmehl eingeführt; das sind nach Umrechnung von Weis in Korn zusammen etwa 860 000 Tonnen, also nur 45 Proz. des geringsten theoretischen Einfuhrbedarfs. Man kann daraus zwanglos schließen, daß auch im laufenden Verzehrungsjahre der Weizenverbrauch erheblich hinter dem Vorkriegsverbrauch zurückbleiben wird. Dieser Schluß ist um so mehr berechtigt, als der Januar keine Steigerung der Netto-Einfuhrmenge seit dem Juli 1925, sondern im Gegenteil durch ein sehr starkes Ueberwiegen der Ausfuhr einen Rückgang gebracht hat. Joh. Regen.

Arbeitsmarktlage Mitte März.

Nach dem Bericht der Landesarbeitsämter für die zweite Märzwoche — Mitte März — hat die Erwerbslosenzahl etwas abgenommen, aber im Bergbau, in der Metall-, Holz- (außer Möbeln), Textil- und Papierindustrie ist die Lage weiter schlecht. Infolgedessen können auch die Landesarbeitsämter in Westfalen, Rheinland, Preussisch-Sachsen, Thüringen, Schlesien und Süddeutschland nur eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage berichten. Das Einsetzen des Saisongeschäftes (Baumindustrie, Steinbrüche, Ziegeleien) und der landwirtschaftlichen Arbeiten ist vor allem infolge des schlechten Wetters nicht im erwarteten Maße eingetreten. Immerhin zeigt sich eine Besserung der Arbeitsmarktlage in den Landesteilen mit stark landwirtschaftlichem Charakter (vor allem Schleswig-Holstein, Oldenburg, auch Preussisch-Sachsen). Der Beschäftigungsgrad in der chemischen Industrie, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, einem Teil des Bekleidungs- (Schneider- und Schuh-) Gewerbes, des Gast- und Verkehrs-gewerbes hat sich gebessert.

Förderung von Reichsbauten aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Infolge der großen Ueberschwemmungen der letzten Jahre wird zweifellos an vielen Orten die Revertierung oder Verstärkung von Dämmen notwendig werden, und es wird bei Reichsbauten häufig die Beschäftigung einer verhältnismäßig großen Zahl von Erwerbslosen möglich sein. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, erklärt sich deshalb der Wohlfahrtsminister in einem Rundbrief im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister damit einverstanden, daß derartige Arbeiten, soweit die für die öffentlichen Reichsbauarbeiten geltenden Voraussetzungen erfüllt sind, im Rahmen der Bestimmungen des Reichsarbeitsministers vom 30. April 1925 gefördert werden. Selbstverständlich kann es nicht Aufgabe der produktiven Erwerbslosenfürsorge sein, die Gesamtfinanzierung dieser Bauten zu übernehmen; es wird sich vielmehr nur darum handeln, für die bei den Arbeiten abzuleistenden Erwerbslosentagewerke eine entsprechende Förderung zu gewähren.

Landwirtschaftsattachés für Amerika. Der Landwirtschaftliche Ausschuss des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten hat einem Gesetz zugestimmt, durch das eine neue amtliche Stellung, nämlich die des Landwirtschaftsattachés, geschaffen werden soll. Solche Attachés sollen an besonders geeigneten Plätzen in der ganzen Welt eingerichtet werden und sich mit landwirtschaftlichen Fragen, die Amerika betreffen, befassen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Staubungen für diese Rubrik sind Berlin S.W. 44, Lindenstraße 2. Rechts an das Bezirkssekretariat, 1. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

12. Kreis Kropfkefel, Donnerstag, den 18. März, ebenfalls pünktlich 7 1/2 Uhr. Sitzung aller Ortsvereine des 12. Kreises bei Renhof, Marienpark, Chaussee, Ecke Steinhilberstraße.

Heute, Mittwoch, den 17. März:

- 1. Mt. Die Genossen werden ersucht, die Sammelstellen umgehend beim Genossen Schumann, Bergstr. 22, abzurufen.
- 2. Mt. Charlottenburg, 8 Uhr bei Brunner, Schillerstr. 47, Funktionärssitzung.
- 3. Mt. Prenzlauer Berg, 8 Uhr bei Schumann, Kaiser-Wilhelm-Str. 23-21, Pflanzensammlung.
- 4. Mt. Neukölln. Die noch ausstehenden Sammelstellen müssen sofort beim Kassierer Emil Schmidt, Reuterstr. 36, abgemeldet werden. Auch keine Eifen müssen abgemeldet werden.
- 10. Mt. Friedrichshagen, 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Scholz, Friedrichstraße 8, Vortrag, Erlaubnisse zum Vorhause.
- 12. Mt. Kaulsdorf, 1/2 Uhr bei Köhler wichtige Besprechung. Alle Genossen müssen erscheinen.
- Romanow, 8 Uhr im Eisenbahnhotel Mitgliederversammlung.

Arbeitsmarktlage der Arbeitervereine, Gruppe Berg, Mittwoch, den 17. März, 7 1/2 Uhr, Elternversammlung im Jugendheim, Rathaus, 2. Etz. Mitgliederversammlung: „Das proletarische Kind“, am Sonntag, den 20. März, 7 Uhr, veranstaltet die Arbeitervereine Erik eine Frühlingsspiele in der Aula der 3. Gemeindefabrik, Erik, Chausseest. 157. Eintrittsgeld 30 Pf. Wir bitten um rege Beteiligung.

Morgen, Donnerstag, den 18. März:

- 11. Mt. 8 Uhr Beamtensammlung bei Feiler, Schreinerstr. 88.
- 12. Mt. Charlottenburg, 12. Bezirk beim Genossen Wastisch, Weinstr. 18, Ecke Liebenburger Straße, ebenfalls 9 Uhr Beamtensammlung, Vortrag des Genossen Feiler über „Der 18. März 1848“, 8 Uhr ersucht.
- 13. Mt. Prenzlauer Berg und Heinersdorf, 7 1/2 Uhr in der Aula des Museums Pankow politisch-literarische Unterhaltung, Eintrittsgeldslos, besichtig. Eintrittsgeldslos für die Reichsarchiv-Gesellschaft am Dienstag, den 20. März, sind bei den Abteilungsleitern abzuholen.
- 14. Mt. Reinickendorf, 8 Uhr Nachbesprechung bei Köhler, wichtige Vortrag, Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht.

15. Mt. Freitag, den 19. März, 7 1/2 Uhr, treffen sich sämtliche Ortsvereine bei Gejel, Reuterstr. 8.

Einheitsverband sozialdemokratischer Hand- und Gewerbetreibender, Donnerstag, den 18. März, 8 Uhr, findet bei Schilling, Rumpelstraße 30, unsere Jahresversammlung statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Bericht der Kommission über die zu erhaltende Erbschaft, 3. Bericht der Kommission über die zu erhaltende Erbschaft, 4. Bericht der Kommission über die zu erhaltende Erbschaft, 5. Bericht der Kommission über die zu erhaltende Erbschaft, 6. Bericht der Kommission über die zu erhaltende Erbschaft, 7. Bericht der Kommission über die zu erhaltende Erbschaft, 8. Bericht der Kommission über die zu erhaltende Erbschaft, 9. Bericht der Kommission über die zu erhaltende Erbschaft, 10. Bericht der Kommission über die zu erhaltende Erbschaft.

Frauenveranstaltungen am Donnerstag, den 18. März:

- 7. Kreis Charlottenburg, 7 1/2 Uhr im Restaurant Vogel, Corvetstr. 7, 8. Kurulabend über „Die Geschichte des Sozialismus“, Referentin: Döwle Wachenheim.
- 12. Mt. Reinickendorf-CR, 7 1/2 Uhr im Seebad, Reuterstr. 128, Vortrag: „Kampfbilder“, Referentin: Genossin Dr. Wanne-Probnik.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

11. Mt. Reinickendorf. Unser jenseitiger Genosse E. L. S. ist nach langem schweren Leiden verstorben. Einäschung am Donnerstag, den 18. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg. Recht zahlreiche Beteiligung der Genossinnen und Genossen erwartet die Abteilungsleitung.

12. Mt. Kaulsdorf. Unser lieber Genosse Erik Wastisch ist verstorben. Einäschung am Donnerstag, den 18. März, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Riechholzstraße. Wir erwarten rege Beteiligung.

Continental-Regenmäntel, Regenhüte und Sportbekleidung, gummiert und imprägniert, für Damen, Herren u. Kinder. Man verlange ausdrücklich Continental-Regenmäntel. So gut wie Continental-Regen!